

Stenographisches Protokoll.

3. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich.

VI. Gesetzgebungsperiode.

Mittwoch, 23. November 1949.

Inhalt.

1. Personalien.

- a) Entschuldigungen (S. 50);
- b) Ordnungsruf — Erklärung des Präsidenten Kunschak (S. 50).

2. Bundesregierung.

Zuschrift des Bundeskanzlers, betreffend die Betrauung des Bundesministers für Handel und Wiederaufbau Dr. Kolb mit der zeitweiligen Vertretung des Bundesministers für Unterricht Dr. Hurdes (S. 50).

3. Immunitätsangelegenheiten.

- a) Zurückziehung des Auslieferungsbegehrens gegen den Abg. Helmer (S. 50);
- b) Auslieferungsbegehren gegen den Abg. Hartleb und
- c) gegen den Abg. Graf — Immunitätsausschuß (S. 50).

4. Regierungsvorlagen.

- a) Bundesgesetz über die Zulässigkeit der gerichtlichen Geltendmachung verjährter Rechte (3 d. B.) — Justizausschuß (S. 50);
- b) Selbsthaftmachungsfondsgesetz 1949 (5 d. B.) — Ausschuß für Land- und Forstwirtschaft (S. 50);
- c) Preisregelungsgesetz 1949 (6 d. B.) — Verfassungsausschuß (S. 50);
- d) Lebensmittelbewirtschaftungsgesetz - Novelle (7 d. B.) — Ausschuß für Land- und Forstwirtschaft (S. 50).

5. Ausschüsse.

- a) Bekanntgabe der Zusammensetzung des Finanz- und Budget-, des Handels-, des Rechnungshof- und des Immunitätsausschusses (S. 68);
- b) Bekanntgabe der Konstituierung des Hauptausschusses, des Finanz- und Budget-, des Handels-, des Rechnungshof- und des Immunitätsausschusses (S. 68);
- c) Antrag Ing. Raab auf Einsetzung eines Untersuchungsausschusses im Zusammenhang mit Einkäufen im Rahmen der ERP-Hilfe (S. 69);
Redner: Hartleb (S. 69) und Ernst Fischer (S. 69);
Annahme des Antrages (S. 70).

6. Verhandlung.

Bericht des Handelsausschusses über die Regierungsvorlage (2 d. B.), betreffend die Abänderung des Rohstofflenkungsgesetzes 1949 (4 d. B.).

Berichterstatter: Geißlinger (S. 50);

Redner: Böhm (S. 51), Aichhorn (S. 54), Proksch (S. 57), Elser (S. 60), Grete Rehor (S. 62), Huemer (S. 63), Dr. Pittermann (S. 64), Hartleb (S. 65) und Ing. Raab (S. 67);
Annahme des Gesetzentwurfes (S. 68).

Eingebracht wurden:

Anträge der Abgeordneten

Dr. Kraus, Hartleb u. G. auf Schaffung eines Bundesgesetzes über die Begrenzung der Höhe der Staatsausgaben und auf Durchführung einer Volksabstimmung über dieses Gesetz nach Artikel 43 B.-VG. (1/A);

Dr. Reimann, Dr. Pfeifer u. G., betreffend die Ausübung des Gnadenrechtes hinsichtlich gewisser strafrechtlicher Delikte (2/A);

Brunner, Dr. Gorbach, Dr. Nemeec, Matt u. G. auf Novellierung des Dritten Rückstellungsgesetzes (3/A);

Dr. Gorbach, Brunner, Dr. Gschnitzer, Ing. Pius Fink, Prinke u. G. auf Erlassung eines Bundesverfassungsgesetzes über die vorzeitige Beendigung der im Nationalsozialistengesetz vorgesehenen Sühnefolgen und über eine Amnestie von Verbrechen nach dem Verbotsgesetz 1947 für bestimmte Gruppen belasteter Personen (4/A).

Anfragen der Abgeordneten

Frömel, Mark, Lackner, Paula Wallisch u. G. an den Bundeskanzler, betreffend den Verkauf von Studentenheimen in Graz und Leoben (1/J);

Holzfeind, Horn, Aigner, Petschnik u. G. an den Bundesminister für Finanzen, betreffend die Durchführung des Pensionsüberleitungsgesetzes (2/J);

Ferdinanda Flossmann, Horn, Weikhart u. G. an den Bundesminister für Finanzen, betreffend verspätete Aussendung von Steuerbescheiden (3/J);

Petschnik, Rom, Truppe u. G. an den Bundeskanzler, betreffend Beschlagnahme von Wohnraum durch die Besatzungsmächte in Kärnten (4/J);

Horn, Aigner, Strasser u. G. an den Bundeskanzler, betreffend Maßnahmen zur Verwaltungsreform (5/J);

Voithofer, Preußler, Zechtl, Fageth, Steiner u. G. an den Bundesminister für Inneres, betreffend die Bestrafung von vier Arbeitern wegen störenden Lärms bei einer ÖVP-Wählerversammlung (6/J);

Horn, Holzfeind, Aigner, Ferdinanda Flossmann u. G. an den Bundeskanzler, betreffend Personalvertretungsvorschriften (7/J);

Mark, Hillegeist, Gföller u. G. an den Bundesminister für Unterricht, betreffend Studienpläne an der Hochschule für Bodenkultur (8/J);

Scharf u. G. an den Bundesminister für Inneres, betreffend die Ergreifung von Maßnahmen zur wirksamen Bekämpfung des Preiswuchers (9/J);

Ernst Fischer u. G. an den Bundesminister für Justiz, betreffend die Anwendung des Bedarfsdeckungsstrafgesetzes (10/J).

Beginn der Sitzung: 10 Uhr 5 Minuten.

Präsident Kunschak: Die Sitzung ist eröffnet.

Das stenographische Protokoll der 1. und 2. Sitzung vom 8., beziehungsweise 9. November ist in der Kanzlei aufgelegt, unbeanstandet geblieben und daher genehmigt.

Entschuldigt von der heutigen Sitzung haben sich die Herren Abg. Eibegger, Hinterleithner und Marchner.

Der Herr Abg. Hartleb hat mir mitgeteilt, daß er in der letzten Nationalratssitzung vom Herrn Abg. Altenburger wiederholt mit den Worten „Schuft“ und „Gauner“ belegt wurde. Er verlangt von mir im Sinne der Geschäftsordnung den Ordnungsruf für den Abg. Altenburger.

Ich habe mir hierüber Bericht erstatten lassen. Die Stenographen wurden einvernommen. Sie bestätigten nur, daß tatsächlich der Ruf „Schuft“ gefallen ist, sie konnten aber nicht feststellen, von wem, noch gegen wen der Ruf sich gerichtet hat. Ich kann das natürlich um so weniger feststellen, da ich in dem Trubel, der damals herrschte, außerstande war, den Dingen zu folgen.

Was nun das Verlangen nach dem Ordnungsruf für den Herrn Abg. Altenburger anlangt, kann ich zu meinem Bedauern diesem Ansuchen nicht entsprechen, da ich keine Handhabe dafür besitze und auch nicht erlangen konnte, daß er diese Worte gebraucht und daß er sie gegen den Herrn Abg. Hartleb gebraucht hat.

Ich muß aber diese Gelegenheit wahrnehmen und lebhaftest bedauern, daß solche Zwischenrufe in öffentlicher Sitzung des Nationalrates fallen. Es ist das eine Kampfweise, die sich des Sprachschatzes der Spelunke bedient und unwürdig ist der Würde des Hohen Hauses und des einzelnen Abgeordneten. Ich würde dringendst bitten, daß man sich auch bei größter Leidenschaftlichkeit immer auf die Würde, auf die eigene Würde und die des Hohen Hauses besinnt.

Ich ersuche den Herrn Abg. Weikhart, den Einlauf zu verlesen.

Schriftführer Weikhart (liest):

„An den Herrn Präsidenten des Nationalrates.

Der Herr Bundespräsident hat mit Entschliebung vom 16. November 1949 gemäß Artikel 73 des Bundes-Verfassungsgesetzes für die Dauer der zeitweiligen Verhinderung des Bundesministers für Unterricht Dr. Felix Hurdes den Bundesminister für Handel und Wiederaufbau Dr. Ernst Kolb mit der Vertretung des genannten Bundesministers betraut.

Hievon beehre ich mich mit dem Ersuchen um gefällige Kenntnisnahme die Mitteilung zu machen. **Figl.**“

Das Bezirksgericht Innsbruck teilt mit Zuschrift vom 19. November 1949 mit, daß das Auslieferungsbegehren gegen den Abg. Oskar Helmer zurückgezogen wurde.

Von der Bundesregierung sind folgende Vorlagen eingelangt (*liest*):

Bundesgesetz, womit das Bundesgesetz vom 2. Juli 1947, B.G.Bl. Nr. 193, über die Zulässigkeit der gerichtlichen Geltendmachung verjährter Rechte, in der Fassung des Bundesgesetzes vom 19. Mai 1949, B.G.Bl. Nr. 131, abgeändert wird (3. d. B.);

Bundesgesetz über die Errichtung eines Fonds zur Förderung der Seßhaftmachung land- und forstwirtschaftlicher Dienstnehmer (Seßhaftmachungsfondsgesetz 1949) (5. d. B.);

Bundesgesetz, womit die Geltungsdauer des Bundesgesetzes vom 30. Juni 1949, B.G.Bl. Nr. 166 (Preisregelungsgesetz 1949), verlängert wird (6. d. B.);

Bundesgesetz, betreffend die Abänderung des Lebensmittelbewirtschaftungsgesetzes vom 18. Dezember 1947, B.G.Bl. Nr. 28/1948 (Lebensmittelbewirtschaftungsgesetz - Novelle) (7. d. B.).

Auslieferungsbegehren sind eingelangt vom Kreisgericht Leoben gegen den Abg. Karl Hartleb und vom Strafbezirksgericht Wien gegen den Abg. Ferdinand Graf.

Es werden zugewiesen:

3 dem Justizausschuß;

5 und 7 dem Ausschuß für Land- und Forstwirtschaft;

6 dem Verfassungsausschuß;

die zwei Auslieferungsbegehren dem Immunitätsausschuß.

Der 1. Punkt der Tagesordnung ist der Bericht des Handelsausschusses über die Regierungsvorlage (2. d. B.): Bundesgesetz, betreffend die **Abänderung des Rohstofflenkungsgesetzes 1949** (4. d. B.).

Berichterstatter Geißlinger: Hohes Haus! Als das Rohstofflenkungsgesetz 1949 beschlossen wurde, waren die Gesetzgeber der Auffassung, daß mit Ende dieses Jahres jede weitere Bewirtschaftung von industriellen Rohstoffen und Halbfabrikaten überflüssig sein werde.

Nun hat das zuständige Ministerium dem Hause eine Regierungsvorlage vorgelegt, in der der Vorschlag gemacht wird, Eisenschrott

einschließlich Gußbruch, Rohblei, -kupfer und Kupferlegierungen, Almetalle, Erdöl und seine Derivate, Benzol weiter zu bewirtschaften und alles andere aus der Bewirtschaftung herauszunehmen.

Es ist nun eine rege Debatte darüber entstanden, ob die Zeit für diese Entspannung gekommen sei. Man hat sogar verlangt, daß die Bewirtschaftung von Schrott auch auf Walzwaren auszudehnen sei. Die zuständigen Stellen haben gemeint, daß wohl ein Engpaß besteht, der aber eine weitere Bewirtschaftung nicht rechtfertige. Es wurde noch eine Reihe anderer Dinge in die Einbeziehung unter die Bewirtschaftung verlangt: Zinn und Zink, Nickel, sogar Textilien, Häute, Leder usw.

Man hat auch für den Rohstofflenkungsausschuß eine Erweiterung seiner Befugnisse verlangt, und so ist nun unter diesem Eindruck der Handelsausschuß über Antrag der Abg. Prinke und Proksch in seiner Sitzung vom 16. November zu der Überzeugung gekommen, daß es wohl am einfachsten sein wird, wenn man das jetzt in Geltung stehende Gesetz bis zum 30. Juni 1950 verlängert.

Als Berichterstatter stelle ich nun im Namen des zuständigen Ausschusses den Antrag, dem vorliegenden Gesetzentwurf die verfassungsmäßige Zustimmung zu geben.

Präsident: Ich eröffne die Debatte.

Abg. Böhm: Hohes Haus! Der vorliegende Gesetzentwurf ist wohl der erste schüchterne Versuch, in unsere desolaten wirtschaftlichen Verhältnisse, die durch eine Reihe von besonderen Umständen in den letzten Monaten herbeigeführt worden sind, wieder Ordnung zu bringen.

In der letzten Zeit hat sich ergeben, daß sich die überstürzten Aufhebungen von Bewirtschaftungsmaßnahmen für die österreichische Bevölkerung, ja, ich muß sagen, für die gesamte Wirtschaft unseres Landes äußerst nachteilig ausgewirkt haben. Ich will darüber keinen Zweifel lassen, daß auch wir Sozialisten nicht der Meinung sind, daß die Bewirtschaftungsmaßnahmen zum eisernen Bestandteil unserer Politik gehören. Auch wir betrachten sie als Notmaßnahmen, aber es hat sich wohl gezeigt, und zwar mit einer jeden Zweifel ausschließenden Deutlichkeit, daß Bewirtschaftungsmaßnahmen so lange fortgeführt werden müssen, als eben ein Mangel an gewissen Bedarfsartikeln besteht und solange es auch nicht gelingt, der berühmten freien Wirtschaft, von der in unserem Lande so viel gesprochen wird, wirklich Geltung zu verschaffen.

Was wir da in den letzten Monaten erlebt haben, das ist keine freie Wirtschaft, das war die Freiheit zur schrankenlosen Auswucherung

der österreichischen Bevölkerung. (*Lebhafte Zustimmung bei der SPÖ.*) Und mit dieser Freiheit, das muß ich mit aller Deutlichkeit sagen, sind wir Sozialisten nicht einverstanden. Wir haben gesehen, wie jedesmal, wenn irgendeine Bewirtschaftungsmaßnahme aufgehoben worden ist, die Bewirtschaftung sofort mit umgekehrten Vorzeichen fortgesetzt worden ist; der Staat hat die Bewirtschaftung aufgegeben, und Kartelle oder kartellähnliche Gebilde haben sie im gleichen Augenblick aufgenommen und haben dafür gesorgt, daß die bisher festgesetzten Höchstpreise in Mindestpreise umgewandelt und in manchen Fällen in geradezu exzessiver Weise hinaufgetrieben worden sind. Dem muß Einhalt geboten werden, wenn wir nicht riskieren wollen, daß alle Fortschritte, die wir auf wirtschaftlichem Gebiete in den letzten Jahren erzielt haben, wieder verlorengehen. (*Abg. Fröhlich: Kartelle und Ringe müssen beseitigt werden, das verlangt die Arbeiterschaft!*) Jawohl!

Ich muß in dem Zusammenhang mit aller Deutlichkeit darauf hinweisen, daß die unlegbaren Fortschritte, die unsere Wirtschaft in den letzten Jahren erzielt hat, in allererster Linie der geradezu aufopferungsvollen Haltung der österreichischen Arbeiter- und Angestellten-schaft zu verdanken sind. (*Beifall bei der SPÖ. — Abg. Dr. Gschnitzer: Der ganzen österreichischen Bevölkerung!*) Der österreichischen Bevölkerung gewiß, Herr Professor, aber nur mit gewissen Einschränkungen! (*Zwischenrufe bei der ÖVP.*) Die Eierhändler, Herr Professor, die die Preise für Eier auf zwei Schilling und mehr hinaufgetrieben haben, die Kartoffelhändler, die einen Preis von einem Schilling für ganz gewöhnliche Kartoffeln herbeigeführt und den bisher in unserem Lande völlig unbekannten Begriff von „Spezialkartoffeln“ (*Heiterkeit und Zwischenrufe*) geschaffen haben, von Spezialkartoffeln, mit denen sie Preise von 2-50 S, 3 S und mehr erzielt haben, die Wucherer in Textilien, die Preistreiber in Schuhen und insonstigen Bedarfsartikeln, Herr Professor, die nehme ich aus, denn diese haben keine aufopferungsvolle Haltung bewiesen! (*Starker Beifall bei den Sozialisten. — Abg. Dr. Gschnitzer: Was ist es mit den vielen anständigen Geschäftsleuten?*) Herr Professor, ich habe bis jetzt noch nicht von den anständigen Geschäftsleuten gesprochen. Ich bin weit davon entfernt, zu generalisieren. Ich weiß ganz genau, daß es anständige Geschäftsleute, anständige Gewerbetreibende und auch anständige Industrielle gibt, aber ich weiß ebenso genau — und Sie könnten das auch wissen, Herr Professor —, daß es auch ausgesprochene Lumpen in diesen Kreisen der Bevölkerung gibt (*Zustimmung bei den Sozialisten*), und wenn Sie sich zum Schützer

dieser Parasiten unserer Wirtschaft aufwerfen, so wird Ihnen das die Bevölkerung unseres Landes wohl nicht zu danken wissen! (*Starker Beifall bei den Sozialisten.*)

Ich kann Ihnen, Herr Professor, weil Sie sich mit Zwischenrufen bemerkbar gemacht haben, mit einigen Daten aufwarten. Gestern ist mir eine Karte zugegangen — ich werde den Namen des betreffenden Großkaufmannes verschweigen; ich will ihn deshalb nicht nennen, damit der Mann nicht ohne vorherige Kontrolle verdächtigt wird, aber viele Gründe sprechen dafür, daß die Behauptung, die in dieser Karte aufgestellt worden ist, völlig der Wahrheit entspricht; ich empfehle dem Herrn Innenminister und den Behörden die Überprüfung dieses Sachverhaltes. Hier steht (*liest*): „In...“ — ich nenne auch den Ort nicht — „hat der Kaufmann in der Wassergasse 80.000 Stück Eier um S — 80 eingekauft und um S 1.60 in den darauffolgenden Tagen weiterverkauft. Er verdiente innerhalb von zwei Tagen an diesem Eiergeschäft 64.000 Schilling.“ (*Rufe bei den Sozialisten: Hört! Hört! — Abg. Hartleb: Skandal!*)

Meine Damen und Herren, ist das ein anständiger Kaufmann? Wer hat denn diese 64.000 Schilling, die dieser Kaufmann verdient hat, bezahlen müssen? Es waren in der Hauptsache schlecht entlohnte Arbeiter und Angestellte, zum Teil wohl auch kleine Gewerbetreibende und Kauflente. Aber, Herr Professor, haben Sie den Mut, diesen Mann zu den anständigen Menschen unseres Landes zu zählen? Oder sind Sie nicht mit mir einer Meinung, wenn ich sage, daß er ein Parasit am Volkskörper unseres Landes ist, der unter allen Umständen unschädlich gemacht werden muß? (*Zwischenruf des Abg. Dr. Gschnitzer. — Abg. Frühwirth: Für einen solchen Wucherer Gewinn muß ein Arbeiter oder Angestellter acht Jahre arbeiten!*) Jawohl, aber das ist nicht das einzige Beispiel. (*Zwischenrufe. — Abg. Ing. Raab: Wie heißt denn diese Firma? Nennen Sie die Firma!*) Ich werde die Firma Ihnen sagen. (*Abg. Ing. Raab: Nein, nennen Sie sie öffentlich!*) Ich werde sie öffentlich dann nennen, wenn die Behörden den Fall überprüft haben. (*Zustimmung bei den Sozialisten. — Abg. Ing. Raab: Was ist's mit den GÖC-Eiern?*)

Da sich der Herr Abg. Raab mit Zwischenrufen bemerkbar macht, muß ich doch auch ihm einige Worte sagen: Ja, ich weiß, daß sich die Handelskammer in letzter Zeit bemüht, die GÖC nach allen Richtungen hin zu verdächtigen. Alle unsere Erhebungen haben aber bewiesen, daß die Handelskammer ihre Firmen dazu verhält, die GÖC zu boykottieren, um sie zu zwingen, so teuer als möglich einzukaufen und ihrer Aufgabe, preisregulierend zu wirken,

nicht gerecht werden zu können. (*Bewegung bei den Sozialisten und Rufe: Hört! Hört! — Anhaltende Zwischenrufe und Gegenrufe. — Der Präsident gibt das Glockenzeichen und mahnt zur Ruhe.*)

Ich möchte dem Herrn Abg. Raab aber doch auch sagen, daß er sich mit seiner Vorhersage, die freie Wirtschaft, also die Aufhebung der Bewirtschaftung werde uns Preissenkungen im größten Ausmaß bringen, ein wenig geirrt hat. (*Abg. Ing. Raab: Aber wo!*) Unter die Propheten darf der Herr Abg. Raab nicht gehen, sonst wird er eine schwere Enttäuschung erleben. Ich habe während des ablaufenden Jahres zu wiederholten Malen mit ihm Auseinandersetzungen über die Bewirtschaftungsmaßnahmen gehabt und habe ihm gesagt, ich fürchte, daß uns die überstürzte Aufhebung der Bewirtschaftung schwere Preissteigerungen bringen werde; halten wir also zurück, heben wir die Bewirtschaftung nur dort auf, wo genug Ware vorhanden ist. „Aber, papperlapapp“, hat Herr Abg. Raab gesagt, „die Bewirtschaftung muß weg, dann wird sich wieder die Konkurrenz auswirken und dann wirst sehen, wie die Preise herunterpurzeln.“ Haben Sie davon etwas bemerkt, meine sehr geehrten Damen und Herren, wie die Preise heruntergepurzelt sind? (*Abg. Gabriele Proft: Hinaufgepurzelt sind sie! — Zustimmung bei den Sozialisten.*)

Die Eier sind auf zwei und mehr Schilling „heruntergepurzelt“ und die Kartoffeln auf jene Preise, die ich vorhin genannt habe. Aber das sind ja nur Beispiele. Ich könnte eine ganze Liste von Waren aufzählen, die in der letzten Zeit in geradezu unverschämter Weise verteuert worden sind. Das sind die Segnungen der Aufhebung der Bewirtschaftungsmaßnahmen, die unsere Wirtschaftskammern erzwungen haben.

Ich habe schon gesagt, daß ich noch einige andere Anhaltspunkte habe, ich möchte also ein zweites Beispiel geben; fürchten Sie aber nicht, daß ich alle aufzähle, die mir in den letzten Tagen bekanntgeworden sind. Aber das eine Beispiel ist besonders aufreizend und soll der Öffentlichkeit bekannt werden. Mir ist heute ein Zettel auf den Tisch gelegt worden, mit Unterschriften und Daten versehen, auf dem folgendes zu lesen ist (*liest*): „Der Eiergroßhändler in Wien, II.“ — ich nenne wieder den Namen nicht — „hat bulgarische Eier, die mit dem Stempel versehen sind, daß sie aus dem Ausland stammen und infolgedessen verbilligt abzugeben sind, um 78 Groschen eingekauft. Er hat davon mehr als 100.000 Eier an Süßwarengeschäfte weiterverkauft, und zwar um den Preis von 1.36 S.“

Die Stempel, die auf den Eiern waren, haben ihn und diese Geschäfte nicht gehindert,

sie in völlig unberechtigter Weise zu verkaufen und zu verwenden. Auch hier sind viele Tausende an unberechtigten Gewinnen gezogen worden und auch hier sind die armen Konsumenten in unserem Lande die Leidtragenden. Glauben Sie, meine Damen und Herren, daß sich das die Konsumenten, daß sich das vor allem die Arbeiter und Angestellten gefallen lassen können? Glauben Sie, daß sie es sich bei der schweren Arbeit, bei den kargen Löhnen und bei ihrer recht spärlichen Lebenshaltung gefallen lassen können, daß sie von einzelnen Hyänen unserer Wirtschaft auch noch weiterhin ausgewuchert werden? Das kann niemand glauben. Hier müssen, so rasch es möglich ist, Vorkehrungen getroffen werden, damit diesem Wucher ein Ende gesetzt wird.

Ich betrachte das Rohstofflenkungsgesetz als eine Anfangsmaßnahme. Die Regierung hat ja bereits weitere solche Maßnahmen angekündigt, ich glaube aber nicht, daß die bisherigen Pläne der Regierung so vollzählig sind, daß man mit ihnen zufrieden sein kann. Dem Rohstofflenkungsgesetz werden unverzüglich die notwendigen Anordnungen des Herrn Handelsministers folgen müssen — unverzüglich! —, denn es soll nicht wieder so sein, wie es bei der Rohhäuteanordnung der Fall gewesen ist, Herr Handelsminister! Im letzten Augenblick, als die österreichische Bevölkerung vor die Frage gestellt war, ob sie den Winter über in Schuhen oder bloßfüßig herumgehen soll, als die Frage entstanden war, ob nicht Tausende von Schuharbeitern wegen des Fehlens der Rohhäuteanordnung arbeitslos werden sollen, ich kann es sagen, da war der stärkste Druck des Gewerkschaftsbundes notwendig, um diese Rohhäuteanordnung zu erzwingen. Der Schuhkandal konnte dadurch nicht vermieden, er konnte nur gemildert werden. In Zukunft darf sich so etwas nicht wieder ereignen. Aber nicht nur die Anordnungen für Rohhäute, sondern auch solche für Metalle und Textilien werden unverzüglich nach der Beschlußfassung des Gesetzes erlassen werden müssen.

Es wird aber auch notwendig sein, daß das Parlament das Preisregelungsgesetz so rasch als möglich beschließt und daß es für jene wichtigen Nahrungsmittel, die noch immer nicht in genügender Menge vorhanden sind, Höchstpreise festsetzt; ebenso müssen für Bedarfsartikel, die heute noch eine Mangelware darstellen, Höchstpreise angeordnet werden. Dem Wucher wird mit allen Mitteln gesteuert werden müssen. Ein Lebensmittelaufbringungsgesetz wird notwendig sein und das Bedarfsdeckungsstrafgesetz wird novelliert werden müssen, denn in seiner heutigen Fassung reicht es nicht hin, um die Preistreiber wirksam fassen zu können. Es wird hier alles getan

werden müssen, was notwendig ist, um dem Wucher zu steuern.

Ich verweise in diesem Zusammenhang, meine Damen und Herren, auf unsere Kohlenwirtschaft. Auch hier ist „vieles faul im Staate Dänemark“. Daß unser gesamter Import an Kohle — die Damen und Herren wissen ja selber, daß wir den größten Teil unseres Kohlenbedarfes importieren müssen — unter dem leitenden Einfluß einer Handvoll von Großhandelsfirmen steht, die sich kartelliert haben, dabei sehr schön verdienen — ich will keinen anderen Ausdruck gebrauchen —, und zwar auf Kosten der österreichischen Konsumenten verdienen, auch das wird nicht länger erträglich sein. Wir werden auch hier dafür sorgen müssen, daß diese Sache in Ordnung gebracht wird.

Ich will kein Mißverständnis aufkommen lassen, meine Damen und Herren, ich denke nicht daran, zu verlangen, daß Industrielle, Gewerbetreibende und Händler mit Verlustpreisen erzeugen oder verkaufen sollen. Ich weiß schon, daß jeder Mensch arbeitet, um zu verdienen, und ich gönne daher den Interessenten einen bürgerlichen Gewinn; aber kann man Verdienste oder Handelsspannen von 100 und mehr Prozenten als einen bürgerlichen Gewinn bezeichnen? Das ist doch glatter Wucher, und der muß unter allen Umständen beseitigt werden!

Die Regierung und auch das Parlament haben hier also eine große Aufgabe vor sich.

Es wäre gewiß zweckmäßiger gewesen, wenn man, bevor man Bewirtschaftungsmaßnahmen aufgehoben hat, geprüft hätte, ob dies auch zweckentsprechend ist. Das ist aber nicht geschehen, und nun wird man manches, das bisher unterlassen wurde, reparieren müssen. Aber wir haben nicht mehr viel Zeit zu verlieren, meine Damen und Herren! Die arbeitenden Menschen draußen in den Betriebsstätten sind in Bewegung gekommen, und ich darf von dieser Stelle aus wohl sagen: Es ist nicht verwunderlich, daß dies geschehen ist. Die Geduld und Langmut der arbeitenden Menschen in Österreich kennen kein Beispiel auf der ganzen Welt. Während überall in der Welt Lohnkämpfe toben, die das Gefüge viel stärkerer Staaten, als es unser armes Österreich ist, zu erschüttern drohen, konnte der Gewerkschaftsbund im Interesse des Wiederaufbaues unseres armen Landes die Wirtschaftsruhe bisher aufrecht erhalten. Man hat ihm dieses sein Bestreben nicht gedankt, im Gegenteil, man hat aus der Geduld und der Ausdauer der arbeitenden Massen Wucherprofite geschlagen.

Nun ist diese Geduld zu Ende. Nun sagen unsere österreichischen Arbeiter und Angestellten: Entweder es wird in unserem Preisgefüge Ordnung geschaffen, entweder es wird dafür gesorgt, daß der arbeitende Mensch auch leben kann, oder aber wir allein werden die weitere Entwicklung unserer Volkswirtschaft nicht garantieren können, da müssen schon auch die anderen mithelfen!

Ich wende mich in diesem Zusammenhang nicht an die Freibeuter der Wirtschaft, weil ich weiß, daß diesen zuzureden vergebliche Mühe wäre, aber ich wende mich an die Regierung, ich wende mich an das Parlament, ich wende mich, Herr Präsident Raab, an die Bundeswirtschaftskammer, ich wende mich an die Landwirtschaftskammern. (*Abg. Ing. Raab: Das können wir lösen auch ohne Demagogie!*) Sie alle haben das gleiche Interesse wie wir daran — ich denke hier nicht an Demagogie —, daß die wirtschaftliche Entwicklung unseres Landes nicht gehemmt wird. Wenn Sie mithelfen, wenn Sie dafür sorgen, daß der Skandal der Preistreiberei beseitigt wird, wenn Sie dafür sorgen, daß dem Gewerkschaftsbund und der Arbeiterkammer ein Überprüfungsrecht bei der Preisgestaltung eingeräumt wird — wir können uns auf bloße Worte nicht mehr einlassen —, dann wird auch in Zukunft die ruhige Entwicklung unseres Landes aufrecht zu erhalten sein.

Tun Sie das aber nicht, meine Damen und Herren, oder nur in unvollkommener Weise, dann gibt es keine Möglichkeit mehr, so weiter zu wirtschaften, wie es bisher der Fall gewesen ist, dann werden auch in unserem Lande Lohnkämpfe größten Stils ausbrechen. Es kann dann schon sein, daß eine Lohnbewegung eine Preisbewegung und die Preisbewegung wieder eine Lohnbewegung hervorruft. Es kann sein, daß wir dann in Verhältnisse hineinschlittern, unter denen heute das wirtschaftlich um soviel stärkere Frankreich zuckt und sich windet. Frankreich konnte das bisher ertragen. Ob aber unser schwacher Staat, dieses schwache wirtschaftliche Gebilde, eine solche Kraftprobe erträgt, ist billigerweise zu bezweifeln.

Ich möchte deshalb, um zum Schluß zu kommen, sagen: Wir haben alle Ursache, dafür zu sorgen, daß den Profithyänen das Handwerk gelegt wird und daß dem Arbeiter wenigstens soviel Lebensraum gegeben wird, daß er seine Arbeitskraft regenerieren kann. Wir sind heute ein Land, in dem der Arbeiter und Angestellte viel schlechter lebt als in allen Staaten des Westens. Tiefer, als es bisher geschehen ist, kann die Lebenshaltung der Arbeiter und Angestellten nicht mehr herabgedrückt werden. Im Gegenteil, wir werden

uns bemühen müssen, daß wir mit der fortschreitenden Entwicklung unserer Produktion auch die Lebenshaltung der arbeitenden Menschen verbessern, denn sie ist mit einer Voraussetzung für die Entwicklung unseres Landes. Helfen Sie mit, dann werden Sie der ganzen österreichischen Bevölkerung einen großen Dienst erwiesen haben! Andernfalls sehe ich schwarz in die Zukunft. (*Lebhafter Beifall bei SPÖ und KdU.*)

Präsident: Zum Wort gelangt der Herr Abg. Aichhorn. (*Abg. Horn: Schutzengel der Schleichhändler! — Abg. Ing. Raab: Lassen Sie solche Witze! Schauen Sie lieber bei der GÖC nach!*)

Abg. Aichhorn: Hohes Haus! Die Verlängerung der Geltungsdauer des Rohstofflenkungsgesetzes wird dazu benützt, um die gegenwärtige Situation nun auch in diesem Hause zu beleuchten. Wenn ein Zwischenruf erfolgte, daß der Schutzengel — ich habe leider nur den „Schutzengel“ verstanden, wahrscheinlich war der des Handels gemeint — nun zum Worte kommt (*Abg. Dr. Pittermann: Das ist der Merkur!*), so will ich dazu eines sagen: Es handelt sich nicht darum, Schutzengel zu spielen, aber es muß klar zum Ausdruck gebracht werden, daß es nicht angeht, deswegen, weil einzelne asoziale Elemente in einer Berufsgruppe aufgezeigt werden, den ehrlichen Berufsstand des Handels im allgemeinen in Mißkredit zu bringen. (*Abg. Widmayer: Das hat niemand getan!*) Es ist in der Parteipresse in genügendem Ausmaße geschehen, und ich kann Ihnen versichern, daß auch wir keinesfalls gewillt sind, auf die Dauer diese Kollektivanschuldigungen zur Kenntnis zu nehmen. (*Lebhafter Widerspruch bei den Sozialisten. — Abg. Böhm: Ich habe keine Kollektivanschuldigungen vorgebracht! Das weise ich zurück! Es ist eine Niedertracht, solche Behauptungen aufzustellen!*) Sie brauchen sich nicht aufzuregen, meine Damen und Herren! Ich kann Ihnen mitteilen (*andauernde Zwischenrufe*), daß soeben eine Delegation des Handels beim Herrn Innenminister vorspricht und sich dagegen verwahrt, daß die Organisation des Handels in einem solchen Ausmaß, wie es bisher geschehen ist, diskreditiert wird. Und falls Sie es nicht wissen sollten, bei dieser Delegation sind auch Vertreter der sozialistischen Kaufleute anwesend. (*Rufe: Hört! Hört! bei der ÖVP. — Gegenrufe bei den Sozialisten. — Der Präsident gibt das Glockenzeichen.*) Wenn der Herr Präsident Böhm hier auf einen Zwischenruf des Herrn Abg. Raab erklärt hat, er habe diesen gewarnt, die Bewirtschaftung aufzuheben, weil die Gefahr bestünde, daß die Preise steigen werden, und es habe

sich — nach seinen Ausführungen — gezeigt, daß er recht behalten hat, so möchte ich mir erlauben zu erwidern, daß hier anscheinend doch eine Begriffsverwirrung entstanden ist, denn am Sonntag hat Herr Präsident Böhm in einem Artikel in der „Arbeiter-Zeitung“, die ich vor mir habe, selbst wörtlich geschrieben: „Bis Mitte September war die Preistendenz fallend.“ Hier zeigt sich also klar, und das muß festgestellt werden, daß nicht die Aufhebung der Bewirtschaftung zu jenen Exzessen geführt hat, sondern daß der Grund dafür anderwärts gesucht werden muß. Präsident Böhm erklärte in seinem Artikel selbst, daß durch die Pfundabwertung (*Zwischenrufe. — Der Präsident gibt das Glockenzeichen.*) in England vom 18. September eine Beunruhigung entstanden ist, die Preiserhöhungen nach sich gezogen hat. Ich bitte also genau festzuhalten: nicht die Aufhebung der Bewirtschaftung, sondern die Beunruhigung, die damals entstanden ist.

Es ist richtig, daß von gewisser parteipolitischen Seite aus sofort versucht wurde, eine solche Abwertung der Devisen als generelle Abwertung der Währungseinheit unseres Schillings hinzustellen, und es ist begreiflich, daß nach den Erfahrungen unserer Bevölkerung dadurch eine sehr gewaltige Beunruhigung verursacht wurde. Es ist verständlich, daß der Konsument, der infolge der tristen wirtschaftlichen Lage ja nur ganz wenige Schillinge zur Seite legen kann, um größere notwendige Bedarfsgüter anzuschaffen, in solchen Momenten der Beunruhigung bestrebt ist, so rasch als möglich diese Schillingbeträge voll valorisiert in Güter umzutauschen. Ein solches Moment führt selbstverständlich zu einem kolossalen Andrang der Konsumenten bei den Detailgeschäften. Und nun geschieht folgendes: (*Zwischenrufe.*) Auf Grund eines Wirtschaftsgesetzes besteht bei der Gefahr des Abverkaufs des Warenlagers die Tendenz, die Preise zu steigern. Wenn Sie auch darüber lächeln, so muß ich doch darauf hinweisen, daß auch Präsident Böhm diese Feststellung in seinem Leitartikel am Sonntag in der „Arbeiter-Zeitung“ gemacht hat. (*Abg. Dr. Migsch: Das berechtigt Sie aber nicht, die Wucherer zu verteidigen!*) Ich spreche momentan grundsätzlich und nicht über die Wucherer; ich komme auch darauf zu sprechen. In einer solchen Zeit der Beunruhigung ist es begreiflich, daß der Produzent nicht gerade bestrebt ist, möglichst viel Bargeld zu bekommen. (*Zwischenrufe bei den Sozialisten.*) Ein gewisser Lieferunwille entsteht, was in den Detailgeschäften bewirkt, daß sich das Warenlager rasch verringert. Unsere Kaufleute haben es nicht zum erstenmal erlebt, daß ihre Waren abgesetzt wurden und daß

sie infolge irgendwelcher Währungssituationen nicht mehr in der Lage waren, ihr Warenlager wieder entsprechend aufzufüllen. (*Erneute Zwischenrufe bei den Sozialisten.*) Daher ist es denkbar, daß in solchen Situationen der eine oder der andere versucht, gewisse Verluste, die ihm entstehen könnten, durch Erhöhungen vorwegzunehmen. Meine Damen und Herren, es ist natürlich undenkbar, daß diese Tendenzen, wenn sie in wucherische Machinationen ausarten, die vollkommen ungerechtfertigt sind, von uns anerkannt oder toleriert werden. Wir sind ein Volk, das, ob es sich jetzt um Arbeiter und Angestellte oder Wirtschaftstreibende handelt, so vieles zu erleiden hatte, daß keiner das Recht für sich in Anspruch nehmen darf, sich auf Kosten der anderen zu bereichern. Dessenungeachtet können wir nicht über Wirtschaftsgesetze hinwegsehen.

Wir dürfen auch nicht vergessen, daß in der gegenwärtigen Zeit gewisse saisonbedingte Preiserhöhungen eintreten, und kein Bewirtschaftungsgesetz wird es regeln können, daß die Hühner in diesen Monaten veranlaßt werden, ihre Legetätigkeit zu erhöhen. (*Zwischenrufe bei den Sozialisten. — Abg. Böhm: Daß die Hühner schon gestempelte Eier legen, habe ich bis jetzt nicht gewußt!*) Ob das Stempeln der Eier tatsächlich eine Wertverbesserung ergeben soll, möge dahingestellt sein. Gerade bei den Eierpreisen ist zu bemerken, daß es ja in Österreich Organisationen gibt, die einst von der Arbeiterschaft zum Schutze gegen Übervorteilungen durch die Wirtschaft geschaffen worden sind, und daß dennoch 6½ Millionen Eier in Wiener Lagerhäusern eingelagert sind. Meines Wissens gehören sie der GÖC, und man war unter allen Umständen besorgt, sie trotz der Krise nicht abzuverkaufen. (*Hört! Hört! — Rufe bei der Volkspartei. — Gegenrufe bei den Sozialisten.*)

Verstehen Sie meine Damen und Herren, daß wir als Wirtschaftstreibende der Meinung sein müssen, daß es besser wäre, dem schwergeprüften Volk zu helfen, als Demagogie zu betreiben. Wir müssen feststellen, daß, als man versuchte, als Sofortmaßnahme durch billige Importe die Preise zu senken, sich der Vertreter der Arbeiterkammer in der Außenhandelskommission abfällig und ablehnend geäußert hat. (*Hört! Hört! — Rufe bei der Volkspartei. — Gegenrufe bei den Sozialisten.*) Wir können nur feststellen, daß dem so war. Ob er dazu das Recht hatte, ist eine andere Frage; es ist Ihre Angelegenheit, die entsprechenden Vertreter zu entsenden, die Ihr Vertrauen besitzen und das vertreten, was Ihnen genehm erscheint.

Wir müssen aber sagen, daß es falsch ist, zu glauben, die Auswirkungen, die wir jetzt erlebt haben, in der Form bekämpfen zu können, daß man weiß Gott welche demagogische Versuche macht und hier alles an den Pranger stellt, ohne bereit zu sein, das zu tun, was richtiger wäre, nämlich die Ursachen solcher Wirkungen zu bekämpfen. Meine Damen und Herren, wir haben festgestellt, daß die Ursache dieser Krise das schwache Vertrauen ist, das von gewisser Seite auch durch die Gerüchte noch untergraben wurde, die unser ganzes Volk beunruhigten und zum Zittern brachten. Wir müssen uns aber auch klar sein, daß wir an dieser Situation des mangelnden Vertrauens bei unserer Bevölkerung zum Teil selbst schuld sind (*Abg. Marianne Pollak: Bravo, Herr Aichhorn, das erste wahre Wort!*), weil wir als Abgeordnete im Wahlkampf versucht haben, den Gegner trotz der vierjährigen Zusammenarbeit vor dem gesamten Volk zu diskreditieren; denn obwohl es eine Koalition gegeben hat, hat man im Wahlkampf versucht, von dieser Zusammenarbeit abzurücken. (*Stürmische Zwischenrufe bei der SPÖ. — Abg. Widmayer: Sagen Sie das Ihrer Bundesparteileitung! — Abg. Weikhart: Volksdemokratie des Herrn Weinberger! — Andauernde, lebhafte Zwischenrufe. — Der Präsident gibt das Glockenzeichen.*) Wenn ich diese Behauptung aufstelle, so hat das wohl mit dem Begriff der Volksdemokratie nichts zu tun; die Frage der Bewahrung unseres Vaterlandes vor der Volksdemokratie brauche ich hier, glaube ich, nicht zu erörtern, denn das hat das Wahlergebnis gezeigt. (*Lebhafter Beifall bei den Parteigenossen. — Abg. Honner: Mit einem Wort, die „Rote Katze“ ist an allem schuld! — Heiterkeit und Zwischenrufe.*) Nein, sondern die „Rote Katze“ hat vielleicht das verhindert, was Sie sich erträumt haben. (*Beifall bei der Volkspartei. — Abg. Koplenig: Aber das Volk haben Sie ja doch belogen und betrogen! — Abg. Honner: Und betrügen es weiter!*) Es müßte erst festgestellt werden, was der Abg. Koplenig mit dem Zwischenruf über den Betrug an der Bevölkerung gemeint hat; jedenfalls bleibt es ihm anheimgestellt, das der Bevölkerung näher zu erklären. (*Abg. Koplenig: Sie haben es jetzt gerade selbst festgestellt, daß Sie das Volk betrogen haben! Stimmt es nicht, daß Sie das Volk angeschwindelt haben? Daß Sie erklärt haben, es kommt keine Währungsabwertung, keine Schillingabwertung? — Zahlreiche Gegenrufe bei der Volkspartei. — Abg. Probst: Für Lug und Betrug sind die beiden zuständig!*)

Präsident (*wiederholt das Glockenzeichen gebend*): Ich bitte um Ruhe!

Abg. Aichhorn (*fortsetzend*): Ich muß feststellen, daß ich bisher die Herren der Kommunistischen Partei nicht apostrophiert habe, es sei aber bemerkt, daß die Herren hier ganz von selber bewiesen haben, daß sie diejenigen waren, die diese beunruhigenden Gerüchte in die Bevölkerung hinausgetragen haben. (*Zustimmung bei der Volkspartei. — Abg. Ernst Fischer: Wer hat den Schilling abgewertet? Wir oder Sie? Wer hat gelogen? Auf Kommando der Amerikaner habt Ihr abgewertet! — Der Präsident gibt neuerlich das Glockenzeichen!*)

Es ist begreiflich, daß unsere Bevölkerung, wenn sie von der Abwertung des Schillings sprechen hört, nicht darunter verstehen kann, daß es sich um die Neufestsetzung der Kursrelationen handelt, sondern um eine Art Währungsreform, wie wir sie bereits erlebt haben. (*Zwischenrufe beim Linksblock. — Der Präsident gibt das Glockenzeichen.*) Wenn sich die Herren hier so furchtbar aufregen und weiterhin versuchen, von der Abwertung des Schillings zu sprechen, so anscheinend aus dem Grund, weil sie befürchten, daß mit der Verlautbarung der Kursrelationen wieder Beruhigung bei der Bevölkerung eintreten könnte. (*Zustimmung bei der ÖVP. — Abg. Ernst Fischer: Eure Eierpreise sorgen für Beruhigung! — Abg. Koplenig: Sie selbst haben zugegeben, daß die Preise schon gestiegen sind und weiter steigen!*) Hohes Haus! Es wird sich zeigen, daß durch die Veröffentlichung der neuen Kursrelationen, durch die endgültig klare Feststellung, daß es sich nicht um eine generelle Abwertung des Schillings handelt, wieder Beruhigung bei unserer Bevölkerung eintreten wird, daß die Preise in kürzester Frist wieder den Stand erreichen werden, den sie erreichen müssen, damit die Bevölkerung leben kann.

Wenn wir heute für dieses Gesetz stimmen, so hauptsächlich deshalb, weil auch seine Verlängerung zur Beruhigung unserer Bevölkerung beitragen soll. (*Andauernde zahlreiche Zwischenrufe.*) Verzeihen Sie, ich muß feststellen, daß Präsident Böhm erklärt hat, daß auch die schärfste Preisüberwachung, die schärfste Wirtschaftslenkung es nicht vermöchten, einer gesteigerten Kaufkraft gegenüber Preiserhöhungen zu verhindern. (*Abg. Dr. Pittermann: Weil ein Gendarm nicht hundert Gauner einsperren kann!*)

Wir wollen aber eines hier offen sagen: Wenn wir Preisexzesse ablehnen, weil sie verwerflich sind, so finden wir es genau so verwerflich, wenn man versucht, vielleicht jetzt irgendwelche parteidemagogische oder programmatische Grundsätze zu vertreten, wie zum Beispiel eine unsinnig lange Aufrecht-

3. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — VI. G. P. — 23. November 1949. 57

erhaltung der Bewirtschaftungsmaßnahmen, weil unsere Bevölkerung sich vollkommen im klaren ist, daß diese Bewirtschaftungsmaßnahmen keinesfalls dazu geeignet waren, ihr die Güter zu bieten, die sie braucht. Mit diesen Bewirtschaftungsmaßnahmen würde der uns allen bekannte illegale Schleichhandel aufgezo-gen werden, den nicht nur wir, sondern, wie ich annehmen muß, auch Sie ablehnen sollten, es wäre denn, daß Sie von Ihren Organisationen der Betriebsräte dazu nicht die Erlaubnis bekommen. *(Abg. Weikhart: Sie können nur immer gehässig sein!)* Wir stehen auf dem Standpunkt, daß sich die freie Wirtschaft genau so als richtig erweisen wird, wie sie es bis zum September war, was bereits Präsident Böhm anerkannt hat.

Wir stellen fest *(Abg. Honner: Ihre freie Wirtschaft ist eine Korruptionswirtschaft! Ihr, Sozialisten, seid aber verantwortlich dafür, Ihr führt demagogische Manöver auf! Wo bleibt der Innenminister bei der Kontrolle der Preise? Immer erklärt er: Jetzt werden wir durchgreifen, aber er macht nichts!)*

Präsident: Ich bitte um Ruhe endlich einmal!

Abg. Aichhorn (fortsetzend): Wir stellen abschließend fest, daß diese Krise durch die Beunruhigung unserer Bevölkerung verursacht wurde und daß sie im Grunde genommen im Unzulänglichen, in der Selbstsucht, im Egoismus unserer Menschheit begründet war. *(Lebhafter Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident: Bevor ich dem nächsten Redner das Wort erteile, möchte ich eine eindringliche Bitte an das Hohe Haus richten. Wir sind zusammengekommen, um über das Rohstofflenkungsgesetz Beschluß zu fassen. Der Verlauf der Debatte läßt aber vermuten, daß eine Verwechslung eingetreten ist. Es handelt sich um die Beratung dieses Gesetzes und nicht um einen Wettbewerb der Zwischenrufer *(Heiterkeit)*.

Ich bitte den Herrn Abg. Proksch das Wort zu nehmen.

Abg. Proksch: Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Wenn hier versucht wird, mit aller Energie der freien Wirtschaft das Wort zu reden und die Bewirtschaftung als eine erledigte Sache hinzustellen, dann möchte ich mir erlauben, vor allem zu bemerken, daß man auch in den Kreisen der Wirtschaft heute schon sehr, sehr unsicher ist, ob die bisher durchgeführten Aufhebungen von Bewirtschaftungsmaßnahmen auch gerechtfertigt sind. Besonders die Produzenten, ob es nun landwirtschaftliche, industrielle oder gewerbliche sind, fragen sich heute, ob es auf die Dauer möglich ist, daß bei den Produkten, die sie

herstellen und bei denen sie ihre Mühe und ihren Schweiß aufwenden müssen, die Händler einen ungeheuren Nutzen ziehen und daß so letzten Endes jene Menschen, die keine Mühe haben — denn die Mangelwaren werden ihnen aus der Hand gerissen —, Gewinne abschöpfen, die ganz einfach verbrecherisch sind. Fragen Sie, Herr Minister Raab, in den Kreisen der Gemüseproduzenten — und der Herr Landwirtschaftsminister wird selbstverständlich auch mit den Bauern reden und sie fragen können —, ob sie damit einverstanden sind, daß Eier, die die Bauern um 60 Groschen abliefern, auf dem Wiener Markt um 2·10 Schilling verkauft werden!

Das sind die Probleme, die hier zur Debatte stehen, und daher müssen wir mit allem Ernst die Frage angehen und können hier nicht mit Schlagworten arbeiten, sondern müssen uns sagen, daß, solange es an lebenswichtigen Gütern Mangel gibt, es keine andere Möglichkeit gibt, sie zu gerechten Preisen gerecht zu verteilen, als sie zu bewirtschaften und die Preise zu regeln. Wenn der Herr Abg. Aichhorn die Ausrede für das, was geschehen ist, in der Pfundabwertung, beziehungsweise in der Angleichung des Schillings an die ausländischen Valuten gefunden hat, dann, muß ich sagen, findet er auch in seinen Kreisen nicht dieselbe Meinung. Ich möchte mir erlauben, hier einige Stellen zu zitieren, und bitte den Herrn Präsidenten, sie vorlesen zu dürfen, die vielleicht zeigen, wie die Dinge wirklich stehen. Ich habe hier die Samstagnummer der „Presse“, die, wie uns bekannt ist — vielleicht streiten Sie es ab —, das Sprachrohr der Industriellen ist. Der Leitartikel betitelt sich: „Rückfall in die Bewirtschaftung?“ Darin werden einige Sätze gesagt, die ich doch dem Hohen Haus zur Kenntnis bringen möchte; vielleicht ist es interessant, die Sache anzuhören. Da steht unter anderem *(liest):* „Die Unverantwortlichkeit der letzten Preiserhöhungen steht außer Zweifel. Die Neuregelung der Schilling-Dollar-Relation ist keine Ausrede für die Verteuerung von Erdäpfeln, Eiern, Schuhen und Textilien. Jeder Wirtschaftstreibende muß wissen“ — ich bitte, Herr Kollege Aichhorn —, „daß die innere Kaufkraft des Schillings von einer Neufestsetzung des Kursverhältnisses zwischen Schilling und Dollar nicht wesentlich beeinflußt werden wird.“ *(Abg. Krippner: Aber Sie dürfen das Volk nicht aufputschen, indem Sie von Schillingabwertung sprechen! — Gegenrufe bei den Sozialisten.)*

Präsident: Herr Abg. Krippner, müssen Sie der erste sein, der mit Zwischenrufen in die Arena tritt?

Abg. Proksch (fortsetzend): Ich weiß schon, Herr Abg. Krippner, daß Ihnen meine Aus-

führungen zuwider sind. Aber es kommt noch mehr, das kann ich Ihnen versichern.

Hier steht weiter, Herr Minister Raab (*liest*): „Die unter diesem Aspekt vorgenommenen Preissteigerungen waren daher ein Verstoß.“ Es steht weiter in demselben Artikel dieser Zeitung (*liest*): „Alle Aktionen sind zu begrüßen, welche die Preisbewegung nicht nur abstoppen, sondern wieder zu einer rückläufigen machen sollen. Die Berufsvertretungen haben Beratungen gepflogen; ihre Beschlüsse fordern die Angehörigen auf, die Preise möglichst zu senken. Das ist in Ordnung, nur hätte man hier und dort mehr Energie und rascheres Handeln gewünscht.“ Das sagen die Industriellen. Bitte, wie Sie sich dazu stellen! Ich weiß, die Herren vom Handel werden anderer Meinung sein.

Aber das ist nicht alles. Man versucht, über die Situation hinwegzutäuschen. Man will ganz einfach nicht eingestehen, daß man die wildgewordene Profitbestie nicht zähmen kann, und jetzt will man die Konsumenten täuschen. Da darf ich mir wieder erlauben, etwas vorzulesen. Es ist eine Weisung der Kammer der gewerblichen Wirtschaft, Bezirksstelle Sankt Veit a. d. Glan, Zahl 91.359 vom 17. November (*liest*): „An alle Textil- und Schuhwarenhändler! Betrifft: Auslagen im Schuh- und Textilhandel. Die Kammer der gewerblichen Wirtschaft für Kärnten in Klagenfurt, Sektion Handel, hat die Bezirksstelle St. Veit a. d. Glan beauftragt, unverzüglich dafür Sorge zu tragen, daß in allen Auslagen des Schuhhandels und Textilhandels die billige Ware überwiegend in den Vordergrund gestellt wird, während die teure und bessere Ware zurückgestellt werden muß. Diese Weisung gilt für den Schuh- und Textilwarenhandel in Österreich.“

Ich bin noch nicht fertig, Herr Minister Raab! Es heißt weiter (*liest*): „Die derzeit gespannte Lage auf dem Gebiete der Preispolitik erfordert es, daß die Schuh- und Textilwarenhandelsgeschäfte innerhalb von zwei Tagen ein total verändertes Bild bieten müssen (*Rufe bei der SPÖ: Hört! Hört!*), ansonsten“ — und jetzt kommt der Krampus — „mit der Wiedereinführung der Bewirtschaftung und Preisregelung zu rechnen ist. Wie die Handelssektion Kärnten mitteilt, hat das Landesgremium des Schuhhandels bereits mit Rundschreiben vom 2. d. seine Mitglieder aufgefordert, ihre Auslagen so zu gestalten, daß in der Hauptsache das preislich niedrige industriell hergestellte Schuhwerk in den Vordergrund tritt. Obige Anordnung, die die Bundeswirtschaftskammer in Wien erlassen hat (*Rufe bei der SPÖ: Hört! Hört! — Lebhaftes Zwischenrufe. — Der Präsident gibt wiederholt das Glockenzeichen*), wurde seitens der Landesgremien des Schuh- und Textilhandels

in Kärnten eingehend geprüft und besprochen. Die Bezirksstelle ist überzeugt, daß diese Anordnung speziell im Kreise des Textil- und Schuhwarenhandels eine gewisse Beunruhigung hervorrufen wird, doch werden die Betroffenen gebeten, der Anordnung Rechnung zu tragen, weil eine Befolgung letzten Endes im Interesse dieser Berufssparte gelegen ist.“

Ich glaube, ein Kommentar zu dieser Sache ist wohl überflüssig.

Aber auch die Bundessektion für Handel in der Bundeshandelskammer hat sich mit den Preissteigerungen befaßt und ist zu der glorreichen Erkenntnis gekommen, daß endlich die Großverteiler beseitigt werden müßten, die Großverteiler, die sich zwischen Produzenten und Großhändler geschoben haben. Habe ich das richtig zitiert, Herr Kollege? (*Zwischenrufe.*) Ich kann es Ihnen ja vorlesen. Von dem Teil, der zur Preisverteuerung wesentlich beiträgt, vom Großhandel, der sich zwischen Produzenten und Kleinverteiler geschoben hat, wird kein Wort gesprochen, denn die Großhändler in ihrer großen Zahl sind ja tabu, von diesen darf man nicht reden. Man spricht daher nur von den Großverteilern, die zwischen Produzenten und Großhändlern stehen. Und so etwas gibt es in der freien Wirtschaft, die Sie so gerne haben! (*Abg. Krippner: Namen nennen!*) Entschuldigen Sie, Sie werden doch die Beschlüsse Ihrer Sektion, in der Sie so groß den Mund aufmachen, besser kennen als ich. (*Heiterkeit. — Abg. Krippner: Die GÖC ist der unnötigste Zwischenhändler!*) Ich habe nicht verstanden.

Ich werde Ihnen sofort ein Beispiel bringen. Im gesamten Textilhandel können Sie heute keinen Meter Ware bekommen, der nicht über den Großverteiler geht. Wenn Sie Glück haben, können Sie die Ware direkt vom Großverteiler beziehen. Aber in den meisten Fällen haben sich die Unternehmen schon ein Handelsunternehmen angeschlossen, von dem dann wieder der Großhandel nimmt. Was noch dazwischen liegt, bevor es zum Konsumenten kommt, davon wissen wir nichts Genaues. Diese Übersetzung des Handels — das ist uns aus dem Munde der Herren von Ihrer Seite bekannt — schaut so aus, daß im Textilgroßhandel gegenüber normalen Zeiten, wo 650 Großhändler existiert haben, heute 4000 existieren. (*Hört! Hört! — Rufe bei den Sozialisten.*)

Darüber hinaus ist aber noch zu sagen, daß die Warenmenge, die anfällt, nur ein Drittel dessen ausmacht, was in normalen Zeiten angefallen ist. (*Zwischenrufe.*) Ja, das hören die Herrschaften nicht gern, das glaube ich schon, aber sie müssen selbst vom funktions-

losen Zwischenhandel reden. Auch in der Regierungserklärung wird von der Abschaffung des funktionslosen Zwischenhandels gesprochen. Ich frage Sie, meine Damen und Herren: Wer zahlt denn das alles? Nur die breite Masse der Konsumenten, vor allem die Arbeiter und Angestellten mit ihren Familien, die ohnehin Löhne haben, die noch lange nicht normal sind. Wenn man das verteidigen kann, dann kommt man dabei wirklich in Verdacht.

In der Presse der Unternehmer und Händler ist man sich nicht klar darüber, was geschehen soll. Die „Industrie“ enthält einen Artikel, in dem zu lesen steht: „Schafft die Bewirtschaftung Waren?“ Warum denn gar so naiv! Wir wissen ja auch, daß die Bewirtschaftung keine Waren schafft, aber wir wissen eben, daß sie die Gewähr gibt, daß die anfallenden Waren vor allem im Inland, teilweise auch für den Export verwendet werden, daß aber die im Inland anfallenden Waren zu Preisen verkauft werden müssen, die geregelt und daher für den Konsumenten erträglich sind. Ich weiß, daß die Herren, die diese Frage stellen, letzten Endes selbst an dieser Bewirtschaftung interessiert sind. Wenn es sich nämlich darum handelt, Rohstoffe, Halbfabrikate und Ausrüstungsbedarf für die Betriebe zu bekommen, da sind sie nicht für die freie Wirtschaft, da nehmen sie sehr gern die Hilfe des Marshall-Planes und des Staates in Anspruch, um zu ihren Waren und Maschinen zu kommen. Nur dann, wenn es darum geht, zu verkaufen, dann soll Freiheit bestehen und damit die Freiheit des Wuchers gegeben sein; denn es ist selbstverständlich, daß in einer Mangellage jeder trachten wird, seine Waren so teuer als möglich zu verkaufen.

Wir haben in der Wirtschaftskommission einen Fall kurz besprochen; er wurde angezweifelt — ich möchte es wiederholen —, obwohl der Obmann der Sektion Textilhandel die Sache überprüft hat. Es konnte festgestellt werden, daß ein Meter Bettuch, der vom Betrieb weg 11·55 S kostet, im Handel draußen, beim Detaillisten 26 bis 31 S kostet. Das wurde überprüft und kann jederzeit wieder überprüft werden.

Nun weiß man sich in dieser Situation keinen Rat. Jetzt hat man allerdings eine neue, glorreiche Idee: Einfuhr, Einfuhr, damit die wild gewordene Profitbestie ein bißchen gezähmt wird! Ja, meine Damen und Herren, können wir uns vorstellen, daß die wenigen Devisen dazu verwendet werden, immer wieder, wenn eben wieder eine Händlergruppe verrückt geworden ist, Einfuhren zu tätigen, um damit die Preise wieder depressieren zu können? Machen Sie sich doch nicht eine derart ungeheuerliche Illusion, weil es einfach unmöglich

ist, daß wir über genügend Devisen verfügen und daher so viel einführen können, um den Markt auf diese Art auszugleichen und vollständig zu befriedigen. Es wäre eine Augen-auswischerei, zu sagen, daß man die Sache mit Einfuhren meistern könnte. Wir haben in den letzten Tagen von Einfuhren in Textilien und von Eiern gehört. Wenn hunderte Millionen Stück Eier fehlen, dann kann es keine Hilfe bieten, wenn im Laufe des Jahres 10 bis 12 Millionen Stück eingeführt werden. Es ist eine unumstößliche Erkenntnis, ja ein Grundsatz aller modernen Wirtschaftsfachleute, daß es in einem solchen Fall ohne Bewirtschaftung eben nicht geht, weil sonst immer der Konsument der Leidtragende ist.

In diesem Zusammenhang wäre es sehr interessant, vom Herrn Handelsminister zu erfahren, wer denn die mit den Importen beauftragten Firmen sind und, was noch interessanter wäre, wann denn die Importe kommen werden. Ich hoffe, daß es doch möglich sein wird, einiges darüber erfahren zu können. Die Sache braucht ja das Tageslicht nicht zu scheuen.

Wenn sich der Herr Minister Raab ständig bemüht, die „GÖC“ und die Konsumvereine zu diskriminieren, so möchte ich dazu sagen, daß wir alle den festen Willen haben, dort, wo es Verstöße gibt, einzugreifen, aber man darf nicht verdächtigen, wo kein Grund vorliegt. Wir wissen im Gegenteil, daß zum Beispiel die „GÖC“, die im vergangenen Herbst in Neunkirchen Textilien billiger abgegeben hat, weil sie sie billiger erhalten hatte, von der Handelskammer wegen unlauteren Wettbewerbes geklagt wurde. (*Rufe bei den Sozialisten: Hört! Hört! — Anhaltende Zwischenrufe und Gegenrufe.*) Einerseits rufen Sie, die Konsumvereine wie die „GÖC“ sollten preisverbilligend wirken, wenn sie dann aber wirklich mit einem reellen Nutzen die Waren abgeben, dann soll dies unlauterer Wettbewerb sein. Natürlich ist es ein unlauterer Wettbewerb gegen Schieber, Schleichhändler und Wucherer, den wir auch weiterhin betreiben werden. Dessen können Sie sicher sein, meine Herren! (*Zwischenrufe bei der ÖVP.*) Ich möchte dies allen Ernstes sagen. (*Andauernde Zwischenrufe. — Der Präsident gibt das Glockenzeichen.*) Denken Sie daran, daß unsere Wirtschaft ein sehr labiles Gebilde ist und daß man in unserer heutigen Wirtschaft nicht Methoden anwenden kann, die man nicht einmal in normalen Zeiten, in denen ja nicht nur im Inland, sondern auch gegenüber dem Ausland volle Konkurrenz herrscht, anwenden könnte.

Solange die Händler eine Monopolstellung in unserem Lande haben, solange können wir nicht davon reden, daß die freie Wirtschaft

eingeführt werden könnte; man muß sich vielmehr klar darüber sein, daß nur die Bewirtschaftung aus der Mangelsituation heraushelfen kann. Vor allem Herr Minister Raab und sein Kollege Aichhorn mögen sich doch überlegen, ob sie, einem historischen Beispiel folgend, „letzter Ritter und sein Diener“ der freien Wirtschaft sein wollen. *(Heiterkeit und Beifall bei den Sozialisten.)*

Abg. Elser: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das Rohstofflenkungsgesetz ist eigentlich nichts anderes als der spärliche Rest staatlicher Wirtschaftspolitik und der Einflußnahme des Staates auf die Volkswirtschaft. Die Verlängerung des Rohstofflenkungsgesetzes ist eigentlich nur das Eingeständnis, daß die viel gepriesene freie Marktwirtschaft doch nicht jene Erfolge gezeitigt hat, die man immer gepredigt hat. *(Ruf bei der ÖVP: Das kommt von Eurer Hetze!)*

Wenn man die Debatte aufmerksam verfolgt hat, dann wird man zugeben, daß sie sicherlich sehr interessant war. Der Herr Präsident des Gewerkschaftsbundes, der Kollege Böhm, sprach fast so, wie wenn er ein Angehöriger des Linksblocks wäre, und der Herr Kollege Aichhorn tat wieder so, als wenn der Linksblock, vor allem natürlich die Kommunisten, die Schuld an den Preiserhöhungen trügen. Beides ist natürlich falsch. Der Herr Präsident Böhm denkt gar nicht daran, eine Linksblock-Politik zu machen. *(Abg. Dr. Pittermann: Gott sei Dank!)* Die Politik des Herrn Präsidenten Böhm in seiner Eigenschaft als Gewerkschaftsführer und die Politik der Sozialistischen Partei haben ja in einem bedeutendem Maße dazu beigetragen, daß wir heute vor diesen Preisexzessen stehen, denn sie haben die staatliche Lenkung zu schnell abgebaut, sie haben die Axt daran gelegt. Wenn Kollege Honner und Kollege Koplenig manchmal dagegen anstürmten, konnten sie ja vor lauter Zwischenrufen gar nicht sprechen, dann waren sie die „Demagogen“ usw. *(Zwischenrufe.)* Ich werde auch darauf antworten, ob die Kommunisten die Schuld tragen, ob sie beunruhigen.

Die ganze Debatte ist mehr oder weniger eine Spiegelfechtereie. Die beiden Regierungsparteien tragen voll und ganz die Verantwortung für das, was wir heute auf dem Gebiete der Preisgestaltung erleben. Betrachten wir einmal die Volkspartei. Die Volkspartei — das habe ich schon einmal hier erklärt — hat niemals ein Hehl daraus gemacht, daß sie keine Anhängerin der staatlich gelenkten Wirtschaftspolitik ist. Sie ist eben für die freie Marktwirtschaft. Ihre Vertreter haben dem gesamten Volke erklärt: Sofern wir nur wieder die freie Marktwirtschaft haben, werdet ihr sehen, daß

der Schleichhandel beseitigt wird, denn dann werden wir zu gesunden Preisen kommen, jeder wird sich wieder etwas kaufen können. Die staatliche Lenkung, erklärten die Kollegen und Kolleginnen, führt mehr oder weniger zu einer Erstarrung der Wirtschaft und ist häufig ein Hemmschuh für die Weiterentwicklung der so notwendigen Produktion; je mehr auf dem Weg der freien Marktwirtschaft, der freien Preis- und Konkurrenzwirtschaft produziert wird, desto eher wird der einzelne in der Lage sein, sich etwas zu kaufen. Das war die Theorie der freien Marktwirtschaft. Aber was ist nun wirklich eingetreten? Richtig, der Schleichhandel ist in Österreich mehr oder weniger verschwunden, aber die Schleichhändler sind lange noch nicht verschwunden, sie haben sich nur ein anderes Mäntelchen umgehängt, sie sind in die sogenannten Preiskartelle und Monopole hineingeschlüpft und setzen dort ihr sauberes Handwerk oder, besser gesagt, ihr unsauberes Werk fort. Hier haben sie Unterschlupf gefunden.

Nun, was sagt der Herr Präsident Böhm? Er beschwert sich über die Preisexzesse — ein großer Teil seiner Gedanken ist sicherlich richtig —, aber da muß sich die Sozialistische Partei selbst anklagen. Sie hat eben in ihrer vierjährigen Regierungspolitik, wie ich bereits sagte, auch einen Teil dazu beigetragen, daß es zu solchen kapitalistischen Exzessen gekommen ist. *(Abg. Frühwirth: Da müssen Sie aber gleich auch eine Anklage gegen den Grauen Markt in Ungarn und in Bulgarien erheben! — Unruhe. — Der Präsident gibt das Glockenzeichen.)* Herr Präsident Böhm meint, in der Verlängerung der Geltungsdauer dieses Rohstofflenkungsgesetzes haben wir eine Handhabe, die Preisexzesse irgendwie zu beseitigen, sie zum Verschwinden zu bringen, die Preise also wieder zu senken. Ja, ich frage: Wie war es dann eigentlich mit den Auswirkungen des Rohstofflenkungsgesetzes in jener Zeit, in der es schon so lange wirksam war? Wir verlängern ja nur seine Wirksamkeit. Wieso dann die Preisexzesse? Wir haben ja noch immer ein Stück staatlicher Wirtschaftslenkung, und der Chef der obersten Preisbehörde, Herr Bundesminister Helmer, gehört der Sozialistischen Partei an. Man muß sich daher die Frage vorlegen: Was tat diese oberste Preisbehörde, um diese Preisexzesse, die der verehrte Kollege Böhm mit Recht kritisiert und verdammt, aus der Welt zu schaffen? Das sind die Fragen, die sich die Konsumenten stellen. Was soll also hier diese Spiegelfechtereie? Ich bin der Auffassung — darüber muß man sich einmal im klaren sein, vor allem auch die Kollegen und Kolleginnen der Sozialistischen Partei —, wenn man sich einmal den kapitalistischen Marktgesetzen unterordnet, dann

ist man eben ihr Gefangener, dann nützen alle schönen Reden nichts, wenn sie auch sonst richtige Gedanken zum Ausdruck bringen.

Wollen wir einmal die Folgen dieser Preisexzesse näher betrachten. Bleiben wir bei den Nahrungsmitteln, bei Fleisch, Eiern und Kartoffeln! Das Hohe Haus hat bei der Budgetberatung der Landwirtschaft gewisse Beträge zur Förderung der landwirtschaftlichen Produktion gewidmet. Wir Kommunisten sind stets für die Förderung der Landwirtschaft eingetreten, denn wir wissen sehr genau, die Millionen Schilling, die man der heimischen Landwirtschaft zur Förderung der Nahrungsmittelproduktion widmet, tragen reichlich Zinsen, sie sind gewiß nicht hinausgeworfen. Sie dienen auch nicht irgendwelchen protektionistischen Maßnahmen, sie dienen der Volksernährung. Aber wie schaut es auf diesem Sektor aus? Herr Abg. Proksch hat mit Recht gesagt, dem Bauern werde das Ei um 50 oder 60 Groschen, je nach Qualität und Größe, abgeknöpft, der Konsument müsse aber in der Endphase das Doppelte, ja heute manchmal das Dreifache dessen bezahlen. Wir sehen also, der österreichische Kapitalismus hat sich mehr oder weniger von der Produktionsseite auf die Handelsseite geworfen. Bei der Produktion läßt sich nicht soviel verdienen, also hat er sich mehr oder weniger dem Handel zugewendet, und nun werden die Profite hier abgeschöpft. Was nützt es also, wenn durch Opfer der Steuerträger der Landwirtschaft bedeutende Summen zugeführt werden, die dem Landwirt zugute kommen sollen? In Wahrheit bekommt er für seine Arbeitsleistung ein verhältnismäßig noch immer sehr bescheidenes Entgelt. Von einer Grundrente ist bei kleineren und mittleren Bauern überhaupt nicht die Rede. Der Konsument muß aber das Doppelte und Dreifache an Preisen bezahlen. Alles bleibt beim Handel hängen. Wir sehen, hier wäre der Hebel anzusetzen. Die Preisprüfungsbehörden hätten ja die Aufgabe, hier durchzugreifen. Was haben sie aber bisher getan? Die heutige Debatte gibt darauf die Antwort: Wenig oder gar nichts! Dafür ist auf jeden Fall der Chef dieser Preisprüfungsbehörde, der Herr Bundesminister Helmer, dem Hause und der gesamten Bevölkerung verantwortlich.

Genau so ist es mit den Textilien. Sie sind im Preise gewaltig gestiegen. Die Preissteigerung auf dem Textilmarkt ist aber nicht mit einer Verteuerung der Rohstoffe auf dem Weltmarkt zu begründen. Sie hat ganz andere, ausgesprochen wucherische Ursachen. Es ist ebenfalls sehr richtig, daß die Quelle des Übels nicht in erster Linie bei der Produktion der Textilien, sondern beim Großhandel liegt, der hier gewaltige Profite abschöpft. Der eine oder andere sozialistische Kollege hat ge-

meint: Was wollt denn ihr Kommunisten? Ihr schreit von kapitalistischer Wirtschaft — es gibt ja doch gar keine Kapitalisten mehr! Heute haben es die sozialistischen Kollegen aber selber bestätigt: Es wimmelt überall, wo man nur hinschaut, von solchen kapitalistischen Aasgeiern und Wucherern.

Und nun zu einer anderen Frage, zur Frage des Appells des Herrn Präsidenten Böhm an die Bundeswirtschaftskammer. Ich glaube, dieser Appell wird sehr wenig Früchte zeitigen. Solche Appelle sind ja auch nicht neu, sie sind von Zeit zu Zeit immer wieder an diese Adresse ergangen. Täuschen wir uns nicht, die überwiegende Mehrheit der Mitglieder der Bundeswirtschaftskammer und der Landeskammern steht auf dem Boden der freien Marktwirtschaft. Alles das, was sich heute abspielt, ist ja eigentlich das Werk dieser Kammern, und ich glaube nicht, daß die Leitung und das Gros der Mitglieder der Bundeswirtschaftskammer, sagen wir, nun auf einmal wieder Freunde der staatlich gelenkten Wirtschaftspolitik werden. Schon der Zwischenruf des Herrn Ministers Raab bestätigt diese meine Meinung. Man wird weiterhin der freien Marktwirtschaft das Wort reden.

Und dann haben wir die Exzesse, die wir nicht nur in Österreich erleben, sondern überall. Es ist falsch, was der Herr Präsident Böhm hier angeführt hat. Er meint, in den westlichen Ländern gebe es keine Preisexzesse. Betrachten wir nur die Wirtschaft Frankreichs oder Italiens; sie wird immer wieder von neuem durch derartige Exzesse erschüttert. Auch dort gibt es den vielgerühmten Lohnstopp, aber der Preisstopp bleibt aus. Auf der einen Seite Lohn- und Gehaltstopp, auf der anderen Seite das freie Preisgefüge für die Güter der kapitalistischen Wirtschaft. Da muß es eben zu sozialen Erschütterungen kommen. Wir haben ähnliche Verhältnisse nicht nur in Österreich, sondern auch in Italien, in Frankreich und fast allen Ländern, die von der sogenannten Amerika-Hilfe bedient werden.

Einiges auch zur Amerika-Hilfe: Man hat schon sehr viel davon geredet, daß uns die Amerikaner, ich möchte sagen, fast wie Philantropen zu Hilfe eilen. Aber immer mehr erweist sich die Amerika-Hilfe als ein Danaergeschenk. Wir Kommunisten haben das längst vorausgesagt. Wie entwickelt sich die Marshall-Hilfe allmählich? Es ist schon so, und auch einige Vertreter der Volkspartei haben die Wahrheit gesagt und erklärt: Wir wissen schon, daß Amerika nicht aus reiner Menschenfreundlichkeit die Europahilfe organisiert. Damit haben sie mehr oder weniger bestätigt, was wir Kommunisten immer gesagt

haben: Amerika geht daran, über den Weg der organisierten angeblichen Hilfe sich überall in der Welt wirtschaftlich festzusetzen. Daher hat man eines schönen Tages die englische Arbeiterregierung aufgefordert, das Pfund abzuwerten, um es in eine richtige Relation zum Dollar zu bringen. Vorher, genau so wie hier in Österreich, erklärte auch der Sozialist Cripps im englischen Kabinett: Bevor das Pfund abgewertet wird, bevor ich mich den Forderungen Amerikas unterwerfe, gehe ich lieber. Aber Herr Cripps ist heute noch Finanz- und Wirtschaftsminister Englands. Er ist nicht gegangen, aber das Pfund wurde abgewertet, und zwar über ein Drittel. Diese Abwertung auf Befehl Amerikas hat dann die Abwertungen der Währungen jener Länder, die eben der amerikanischen Europahilfe unterworfen wurden, zwangsläufig ausgelöst.

Nun haben wir auch hier eine Abwertung erlebt. Auch hier hat zuerst die Bundesregierung erklärt: Nein, uns fällt es gar nicht ein, die Schillingrelation irgendwie zu verändern. Das geschah aus wahlpolitischen Gründen. Nun aber tritt das ein, was wir Kommunisten behauptet haben. Wer also hat, meine Damen und Herren, in Österreich Unruhe gestiftet? Hat vielleicht die Sowjetregierung, hat irgendeine Regierung der Nachbarstaaten, haben die Kommunisten die Frage der Abwertung in die Bevölkerung hineingeworfen? Nein, es war Amerika! Amerika will billig kaufen, will sich überall festsetzen und will das, was es hineinpumpte, dreifach wieder zurückbekommen. So wird auch das Endergebnis sein: Die Amerika-Hilfe wird sich nicht als Hilfe für jene erweisen, denen man angeblich helfen wollte, sondern sie wird sich als das erweisen, was Kenner der Verhältnisse von Haus aus erklärt haben: als eine große, gewaltige Hilfsaktion für Amerika. Das wird die Endphase dieser berühmten oder, besser gesagt, berühmigten Amerika-Hilfe sein.

Ich möchte nun schließen. Man spricht immer gegen die Volksdemokratie. Ja, aber was Herr Präsident Böhm und Herr Kollege Proksch an Forderungen gegen diese Preisexzesse erheben, all das sind mehr oder weniger Methoden, wie sie in den Volksdemokratien gehandhabt werden. Dort braucht man natürlich diese Maßnahmen meistens gar nicht, weil man den Handel einfach dem Staat überantwortet hat. Wir sehen, daß auch die Verstaatlichung bis zu einer gewissen Grenze diese Exzesse nicht in Bann halten kann. Wir haben den Bergbau verstaatlicht, erleben aber dabei, daß die Steuerträger Hunderte von Millionen an Investitionen dem staatlichen Bergbau überweisen müssen, damit er überhaupt existieren kann, und erleben

weiter, daß die Frucht der Arbeit der Bergleute, der Ingenieure und Betriebsleiter nicht dem Volke, sondern dem Großhandel zugute kommt. Ich habe dies einige Male namens meiner Partei aufgezeigt. Wir sehen, es ist schon so: Wer sich gegen diese Exzesse wendet, der muß das Übel bei der Wurzel anpacken, der muß es verstehen und auch den Mut haben, zu sagen: Das ist das Ergebnis der kapitalistischen Restaurierungspolitik Österreichs. Wäre man den Weg gegangen, wie ihn zum Beispiel die Prager Regierung gegangen ist, dann hätten wir heute über solche Exzesse nicht zu sprechen. (*Heiterkeit bei der ÖVP.*) Sie lachen darüber und Sie können auch lachen, verehrte Kollegen von der Volkspartei, denn diese Politik hat ja Ihnen sehr genützt. Leidtragend ist die große Masse der Arbeiter und Angestellten und darüber hinaus, auf einen gemeinsamen Nenner gebracht, die Konsumentenschaft. Nicht Konsumentenpolitik wurde hier betrieben, sondern Politik im Interesse einer ganz kleinen Schichte des Volkes, der Händler und der Spekulanten. Daher möchte ich abschließend betonen: Wenn man immer wieder zu hören bekommt, hütet euch vor den Volksdemokratien, wie es auch heute der Herr Abg. Aichhorn tat, so bedeutet das eben: schützt die kapitalistische Profitrate! Das ist es, was man damit zum Ausdruck bringen will. Und ganz zum Schluß: Wer sich dem Kapitalismus verschrieben hat und seine Grundgesetze in irgendeiner Form anerkennt, ist eben sein Gefangener und muß zur Kenntnis nehmen, daß kapitalistisch und nicht sozialistisch gewirtschaftet wird.

Abg. Grete Rehor: Hohes Haus! Die Arbeiter und Angestellten und auch die kleinen Wirtschaftstreibenden und Gewerbetreibenden dieses Landes sind wegen der Vorkommnisse der letzten Wochen und Tage, also wegen der Preisexzesse in unserem Lande, in Ver zweiflung geraten. Ich spreche hier nicht aus der Theorie. Ich bin selbst berufstätige Frau und bin auch Hausfrau und Mutter. Ich weiß, daß die Textilarbeiterinnen und viele andere Berufstätige heute ein Wocheneinkommen von ungefähr 110 S haben. Ich möchte allen raten, einmal wirklich zu überlegen, ob es möglich ist, mit einem solchen Einkommen bei den letzten Preissteigerungen das Auslangen zu finden.

Ich möchte aber auch folgendes sagen: Wir Frauen haben uns in den letzten Wochen und Tagen bemüht, in allen Kaufläden, auch in denen der Konsumgenossenschaften, nachzusehen, ob dort billigere Preise angeschrieben sind. Leider war diese unsere Mühe vergeblich, und wir sind zu der Erkenntnis gelangt, daß

scheinbar die Moral der Geschäftsleute oder, sagen wir, die Moral vieler Geschäftsleute, gleich welcher Gesinnung und welcher Richtung sie angehören, dieselbe ist und daß alle vergessen haben, daß die Menschen in Österreich leben müssen und auch leben wollen.

Wir klagen darum als Frauen und als Sprecher der kleinen Leute unseres Landes diese Entwicklung an. Aber wir klagen sie nicht nur im Namen einer Partei an, sondern im Namen aller, denen hier die Not auferlegt wird.

Heute wird oft davon gesprochen, daß nur eine Gruppe in diesem Lande gegen die Bewirtschaftung wichtiger Konsumgüter aufgetreten ist. Ich möchte den Beweis dafür antreten, daß das durchaus nicht stimmt. Ich bin selbst Mitglied der Wirtschaftskommission für Textilien gewesen. Als vor wenigen Monaten darüber abgestimmt worden ist, ob die Bewirtschaftung aufrecht zu erhalten ist oder nicht, haben wir als Arbeitnehmervertreter eine interessante Tatsache erlebt: alle, die uns gegenüber gesessen sind, ob sie dieser oder jener Partei angehört haben, haben für die Aufhebung der Bewirtschaftung gestimmt, und die Arbeitnehmer dieses Landes haben sich in der Erkenntnis der Dinge, die heute zum Teil sehr richtig vorgebracht worden sind, für die Aufrechterhaltung eingesetzt, solange die Notwendigkeit dafür vorhanden sei.

Wir Arbeitnehmer haben uns in den letzten Tagen und Wochen im Gewerkschaftsbund auch damit beschäftigt, ob es nicht möglich wäre, doch endlich einen Ausweg zu finden, und haben auf der Vorständekonferenz des Gewerkschaftsbundes den Beschluß gefaßt, für die Zeit, in der man uns ungerechtfertigt hohe Preise angerechnet hat, eine Überbrückung zu verlangen.

Ich möchte hier den Vertretern der äußersten Linken dieses Hauses sagen, daß sie in der USIA-Verwaltung durchaus keine sozialeren Vertreter haben als die Vertreter aller anderen Parteien. Wir haben nämlich in der Gewerkschaft der Textilarbeiter ein Schreiben bekommen, daß die USIA sich nur in dem Ausmaß zur Überbrückung bereit erklärt, in dem sich die anderen Betriebe bereit erklären. Es fehlen uns demnach die Beispiele, um feststellen zu können, wer besser oder weniger gut zu den kleinen Leuten dieses Landes ist. *(Abg. Honner: Der Herr Minister Raab braucht nur mit gutem Beispiel voranzugehen!)*

Ich möchte aber auch noch etwas anderes sagen: Wir haben in den letzten viereinhalb Jahren auch reichlich Gelegenheit gehabt, als Gewerkschaftsvertreter mit den verschiedensten Arbeitgeberverbänden und deren Vertretern zu verhandeln. Ich möchte hiezu feststellen — weil heute eine Gruppe in diesem

Hause versucht, besonders hervorstellen, daß sie allein die Interessen der Arbeitenden vertritt —, daß dem nicht so ist. Wir haben in den letzten viereinhalb Jahren die Erfahrung gemacht — ich werde gleich ein Beispiel anführen —, daß leider einerseits die Preisexzesse von allen verübt worden sind, die eben dem Geldsack nahe stehen, zum anderen, daß in der Frage der Bewirtschaftung alle eine Richtung einschlagen und eine Haltung einnehmen. So mußten wir erst jüngst feststellen, daß auch Innungsmeister, die nicht meiner Fraktion angehören, um nichts besser sind als die anderen. Einer von ihnen hat uns bereits vor einigen Monaten mündlich eine Vereinbarung zugesagt, und zwar im Monat März dieses Jahres. Wir schreiben heute November, es sind demnach acht Monate vergangen, und wir haben diese Vereinbarung noch nicht schriftlich in der Hand, man stellt sie uns sogar in Abrede.

Warum ich das alles hier sage? Weil wir, wenigstens die zwei großen Parteien dieses Hauses, eine Aufgabe haben. Die Frauen, die einkaufen gehen und die versuchen müssen, den Haushalt zu bestreiten, um ihre Familie so gut wie möglich zu nähren und zu kleiden, erwarten, daß sofort bei den Preisen Ordnung gemacht wird.

Ich habe hier die Debatte sehr aufmerksam verfolgt und mußte feststellen, daß verschiedene Vertreter in diesem Hause es eher vorziehen, zugunsten ihrer Partei sehr demagogisch zu reden, obwohl sie wissen, daß draußen die große Masse wartet, die von uns verlangt, daß ihr geholfen wird. *(Lebhafte Zustimmung bei der ÖVP.)* Ich möchte hier vom Standpunkt unserer Fraktion, insbesondere aber vom Standpunkt der Arbeitnehmervertreter in unserer Partei, sagen, daß wir in diesem Hause und auch sonst immer für jene Gesetze und jene Vereinbarungen stimmen werden, die den kleinen Menschen Recht bringen. *(Lebhafter Beifall bei der ÖVP.)*

(Inzwischen hat Präsident Dr. Gorbach den Vorsitz übernommen.)

Abg. Huemer: Hohes Haus! Verehrte Damen und Herren! Wir Unabhängigen stimmen der Verlängerung der Geltungsdauer des Rohstofflenkungsgesetzes zu, weil wir der Ansicht sind, daß alle Bewirtschaftungsmaßnahmen so lange aufrecht erhalten werden müssen, als es im Interesse des gesamten österreichischen Volkes gelegen ist.

Die Entwicklung der letzten Wochen hat in unserer Heimat eine tragische Form erreicht, die nicht mehr vom parteipolitischen Standpunkt aus betrachtet werden darf. Wenn man die Debatte in diesem Haus aufmerksam verfolgt hat, so konnte man sich des Eindrucks

nicht erwehren, daß allzu sehr parteipolitisch gedacht wird. Das Problem, vor dem wir heute stehen, ist in Wahrheit ein staatspolitisches Problem; denn wenn dieser Entwicklung nicht Einhalt geboten wird, dann müßte früher oder später in diesem Lande wieder jene tragische Situation eintreten, daß die große Masse der Werktätigen den Glauben an ihre eigene Heiniat und den Glauben an die soziale Gerechtigkeit in diesem Lande verliert. *(Zustimmung beim KdU.)* Wir sind daher im Prinzip mit den Ausführungen des Präsidenten des Gewerkschaftsbundes, Herrn Abg. Böhm, solidarisch und werden mit ihm und dem Gewerkschaftsbund und mit den Werktätigen den Kampf gegen die Preistreiber und die Wirtschaftsschakale aufnehmen. Wir hüten uns aber vor einer Verallgemeinerung. Es ist nicht so, daß die Preistreiber und Wucherer nur bei der einen oder nur bei der anderen Partei zu suchen sind, die Preistreiber und Wucherer kennen keinen Parteiunterschied. Im übrigen sind wir der Meinung, daß hier der Herr Abg. Böhm in keiner Weise Pauschalverdächtigungen ausgesprochen hat. Über die Entwicklung der letzten Wochen sind nicht nur die Konsumenten, sondern auch die Produzenten im ungeheuren Maße empört, denn zwischen den beiden hat sich eine Gruppe eingeschaltet, die ungerechtfertigte Zwischengewinne erzielt. Wenn vor einigen Tagen durch die Presse die Nachricht ging, daß das Finanzministerium die Lüftung des Steuergeheimnisses erwägt, so kann ich aus meiner Berufserfahrung nur sagen, daß diese Maßnahme wohl dazu dienen würde, manchen Profitgeier zu einem sozialen Menschen zu erziehen.

Wenn wir aber zu dieser Rohstofflenkung, zu der Verlängerung der Geltungsdauer dieses Gesetzes, unsere Zustimmung geben, so müssen wir verlangen, daß auch die Regierung die Möglichkeit und vor allem den Willen hat, die Bewirtschaftungsmaßnahmen auch einzuhalten und zu verhindern, daß der eine oder andere wieder durch ein weitmaschiges Netz ent schlüpfen kann. Das ist die Stellung, die wir Unabhängigen zur Verlängerung des Rohstofflenkungsgesetzes einnehmen. *(Beifall beim KdU.)*

Abg. Dr. Pittermann: Hohes Haus! Die Bemerkungen des Vertreters des Linksblocks von dieser Stelle aus zwingen mich zu Feststellungen. Vorerst aber möchte ich zu einer Redewendung der Frau Kollegin Rehor über die sozialistischen Innungsmeister eines bemerken: Selbstverständlich haben wir in der Sozialistischen Partei auch Vertreter der Selbständigen. Es ist auch ganz klar, daß die Selbständigen die Interessen ihrer Wirtschaft

vertreten. Aber hier im Parlament, meine Herren, vertritt die Sozialistische Partei nicht die Interessen der Innungsmeister, sondern die Interessen der Arbeiter *(lebhafter Beifall bei den Sozialisten)*, und es würde mich freuen, die Ankündigungen der Frau Abg. Rehor so auffassen zu dürfen, daß in Hinkunft auch die Vertreter des Arbeiter- und Angestelltenbundes in der ÖVP mit den Sozialisten hier gemeinsam Arbeiterinteressen vertreten werden. *(Neuerlicher lebhafter Beifall bei den Sozialisten. — Zwischenrufe.)*

Nun aber sind hier vom Herrn Abg. Elser ein paar Bemerkungen über die Bewirtschaftung gefallen, die mich zwingen, ein wenig an das Erinnerungsvermögen der Herren Abgeordneten vom Linksblock zu appellieren. Wer hat denn im Jahre 1946 in Österreich zuerst angefangen, die Bewirtschaftungs-, die Lenkungs- und die Preisvorschriften beharrlich und konsequent unter dem Schutze einer Besatzungsmacht zu übertreten, Herr Abg. Elser? Wissen Sie, was wir hier in Wien im Schleichhandel für das Brunner Glas gezahlt haben, das nicht abgeliefert worden ist? Man tue doch nicht so, als ob Helmer die Möglichkeit hätte, seine Preiskontrolloren in die USIA-Betriebe zu schicken, die mit den Preisen machen, was ihnen gut scheint. *(Lebhafte Zustimmung bei den Sozialisten. — Zwischenrufe beim Linksblock. — Abg. Honner: Die alte Walze!)* Ja, Herr Abg. Honner, das ist die alte Walze, und wir werden dafür sorgen, daß die Schuld der USIA-Wirtschaft an der Entwicklung dieser freien Wirtschaft in Österreich nicht unvergessen bleibt. *(Beifall. — Abg. Koplenig: Die USIA hat nicht die österreichische Währung zugrunde gerichtet und abgewertet! — Gegenruf: Oh ja!)* Und wenn Sie, meine Herren, von der Marktpolitik der Volksdemokratien sprechen *(Abg. Ernst Fischer: Davon verstehen Sie nichts!)*, sage ich Ihnen: In der Volksdemokratie gibt es die Politik des doppelten Marktes, da haben Sie zweifache Preise, da haben Sie die behördlich konzessionierten Überpreise in den staatlichen Geschäften und Unternehmungen, die die arbeitenden Menschen zahlen müssen. *(Abg. Fischer: Pittermann, wer hat den Schilling abgewertet?)*

Nun, Herr Kollege Fischer, komme ich zur Schillingabwertung. *(Abg. Koplenig: Wer hat vor der Wahl das Volk betrogen?)* Lieber Abg. Koplenig, etwas Geduld, wir kommen schon dazu. *(Ruf bei der ÖVP: Und wer hat den Rubel 1 : 10 abgewertet? — Abg. Koplenig: Die Abgeordneten des Volksbetruges sitzen hier! — Abg. Dengler: Und dort ausländische Agenten! — Präsident Dr. Gorbach gibt das Glockenzeichen.)*

Es gibt in einer formalen Demokratie für die Arbeiterschaft zwei Methoden, sich gegen die zwei Hauptformen der Ausbeutung zu wehren: gegen die Ausbeutung in den Betrieben die Hilfe der Gewerkschaft und die Anwendung des Kampfmittels des Streiks, gegen die Ausplünderung auf dem Markt gäbe es ebenfalls ein Mittel, sich zur Wehr zu setzen.... (*Zwischenrufe beim Linksblock.*)

Präsident Dr. Gorbach: Ich bitte, den Redner nicht zu unterbrechen.

Abg. Dr. Pittermann (*fortsetzend*): die Organisation des Käuferstreiks. Es wird auch den Herren Abgeordneten des Linksblocks Elser und Honner aus ihrer gewerkschaftlichen Vergangenheit nicht unbekannt sein, daß, um einen Streik wirkungsvoll durchführen zu können, eine gewisse Moral der Streikenden vorhanden sein muß, daß man in den Gewerkschaften immer diejenigen, die diese Moral der arbeitenden Menschen, oft im Auftrag des Unternehmens, oft auch nur aus eigener Dummheit, erschüttert haben, als die „Gelben“ bezeichnet und unter der Arbeiterschaft verachtet hat. (*Zwischenruf des Abg. Scharf.*) Herr Abg. Scharf, damit keine Mißverständnisse entstehen, hier in diesem Haus dürfen Sie schweigen! (*Beifall bei den Sozialisten. — Lebhaftes Heiterkeit.*) Wer erschüttert nun die Moral der Käufer? (*Abg. Ernst Fischer: Die Schwindler in der Regierung!*) Die Kommunistische Partei sagt — und dazu war keine große Prophetie notwendig —: wir haben vorausgesagt, daß die Schillingabwertung kommt. Jawohl, meine Herren von der Kommunistischen Partei, Sie haben die Schillingabwertung vorausgesagt. Ich habe hier Ihr steirisches Parteiorgan, „Die Wahrheit“, und in diesem haben Sie in einem dreispaltigen Artikel, den ich als journalistischen Aufmacher bezeichne, geschrieben (*liest*): „Zimmermann scheint damit andeuten zu wollen, daß der vorjährige, von der Regierung Figl-Scharf durchgeführte Diebstahl an den Taschen der kleinen Sparer und Werktätigen für die Sanierung der Banken in den Augen der amerikanischen Finanzkapitalisten noch ungenügend sei, und diesem Raubzug ein neuer Raubzug in der Form einer neuen Währungs-»Abwertung« folgen muß.“ Nun, meine Herren von der Kommunistischen Partei, allen Respekt vor Ihrer Prophetengabe. Lange vor der Pfundabwertung des September 1949 haben Sie das bereits am 2. Oktober 1948 geschrieben, als von einer Pfundabwertung in der ganzen Welt noch keine Rede war. Es ist Ihnen darum gegangen, in Österreich das mühselig hergestellte Vertrauen der Bevölkerung zum Schilling zu untergraben und die Menschen in die Käuferpanik hineinzutreiben,

die dann das Wasser auf die Mühlen der Schleichhändler getragen hat. (*Lebhafter Beifall bei SPÖ und ÖVP. — Zwischenrufe beim Linksblock.*) Das, Herr Abg. Fischer, war längst, bevor die Pfundabwertung im Ausland und im Inland überhaupt zur Diskussion gestanden ist. (*Abg. Ernst Fischer: Aber Cripps hat das Pfund abgewertet! Cripps ist also unser Agent!*)

Herr Abg. Fischer, ich habe mir extra auch die Exemplare des Parteiorgans Ihrer Partei in Großbritannien aus den Tagen vor der britischen Pfundabwertung verschafft, jener Partei, die genau so in Opposition gegen die Arbeiterregierung in Großbritannien steht, wie sie hier in Opposition stehen würde — auch gegen eine sozialistische Regierung, weil ihr das völlig gleichgültig ist —, und ich muß feststellen, daß eine solche Art von wirtschaftlichem Landesverrat, wie sie hier bereits vor einem Jahr getrieben wurde, bei den englischen Kommunisten unbekannt ist. (*Beifall bei SPÖ und ÖVP. — Abg. Koplenig: Sie sind die Landesverräter! — Abg. Ernst Fischer: Pittermann, wie war das mit der Schilling-Abwertung? Zuerst ein Beschluß der Regierung, dann Kommando der Amerikaner! Ihr seid Landesverräter! — Abg. Koplenig: Ihr habt das Volk belogen!*)

Präsident Dr. Gorbach: Herr Abg. Fischer, Sie können sich ja zum Wort melden.

Abg. Dr. Pittermann (*fortsetzend*): Ich bewundere die Naivität des Herrn Abg. Fischer. Sollte ihm wirklich ganz unbekannt sein, daß man in der Politik als Staatsmann gelegentlich Behauptungen aufstellt, von deren Unrichtigkeit man schon im Zeitpunkt überzeugt ist, indem man sie aufgestellt hat? (*Abg. Koplenig: Das ist bei der österreichischen Regierung eine Selbstverständlichkeit!*) Dann würde ich dem Herrn Abg. Fischer empfehlen, die russischen Zeitungen aus der Zeit vor dem Abkommen des August 1939 zu lesen. (*Zustimmung bei den Parteigenossen.*) Man soll doch nicht so tun, als ob man das nicht wüßte, daß gerade die britische Arbeiterregierung durch die ihr aufgezwungene Haltung die englischen Arbeiter vor einer Ausplünderung wenigstens zum Teil bewahren konnte, die hier nicht gelungen ist, weil man bei dem Bestreben, die Not der arbeitenden Menschen für den Profit auszunützen, dort Helfershelfer gefunden hat, wo man sie eigentlich nicht erwarten durfte. (*Lebhafter Beifall bei der SPÖ.*)

Abg. Hartleb: Hohes Haus! Wenn man Angehöriger einer Oppositionspartei ist und wenn man außerdem schadenfroh wäre, dann könnte man seine Ausführungen mit den

Worten beginnen: Es war ein Schauspiel für Götter! (Abg. Grete Rehor: Ah, Ihr seid Götter! — Allgemeine Heiterkeit. — Abg. Altenburger: Aber falsche Götter!) Wir haben heute, in der dritten Sitzung dieses Hohen Hauses, schon erleben können, wie es um die gemeinsame Linie unserer Regierung bestellt ist. Nun bitte, regen Sie sich nicht auf. Ich bin ja gar nicht schadenfroh (Heiterkeit), ich bin ja nur ein Angehöriger einer Oppositionspartei, und aus dem Grund will ich aus diesem Zwist kein Kapital schlagen, um nicht als geistiger Preistreiber aufzuscheinen. (Heiterkeit.) Wenn man die Ausführungen der verschiedenen Gruppen gehört hat, dann hat man nicht nur die vielen gegensätzlichen Auffassungen bemerken können, sondern man kann auch ein Erfreuliches feststellen. Und das Erfreuliche liegt darin, daß alle einig sind in der Verurteilung eines Zustandes, der auf Kosten der arbeitenden Menschen in diesem Staat geht, in der Verurteilung der ungerechtfertigten Zwischen Gewinne.

Die Frage ist ja nur, wer daran schuld ist, und die weitere Frage ist, wie man abhelfen kann. Ich bin der Meinung, daß es sehr falsch ist, zu verallgemeinern. Genau so wenig, wie es unter den Gewerbetreibenden und Händlern lauter Preistreiber gibt, sondern auch dort diese Sorte von Menschen die Ausnahme und nicht die Regel bildet, genau so wenig kann man, glaube ich, ein Urteil über die Notwendigkeit und Zweckmäßigkeit der Bewirtschaftung nur vom Gesichtspunkte dieser Frage aus abgeben. Ich habe aber den Eindruck, meine Frauen und Herren, daß uns diese Zustände dazu führen sollen, nicht so sehr zu fragen, wer oder welche von den Parteien daran schuld ist, sondern, wie es überhaupt trotz der Bewirtschaftung zu diesen Zuständen kommen konnte. Denn das eine steht fest: wir haben ja die Bewirtschaftung. Unsere Meinung ist, daß vor allem der Umstand diese Zustände herbeigeführt hat, daß die Bewirtschaftung nicht mehr funktioniert. (Abg. Proksch: Verordnungen fehlen!) Sie funktioniert nicht. Diese Tatsache kann kein Mensch bestreiten. Wenn es möglich ist, daß solche Zustände trotz der Bewirtschaftung einreißen und fort dauern, dann muß man überlegen, ob es nicht notwendig ist, die Frage zu stellen: Soll man mit der Bewirtschaftung aufhören oder soll man diese Bewirtschaftung überprüfen und reformieren? Eine dieser beiden Notwendigkeiten liegt ganz bestimmt vor.

Wenn die Abgeordneten der Kommunistischen Partei hier den Standpunkt vertreten haben, daß diese Zustände ein Beweis dafür seien, daß das volksdemokratische System,

das, nach ihrer Ansicht „leider“, in Österreich noch nicht am Ruder ist, eine Besserung herbeiführen würde, dann sage ich: ich werde daran erst dann glauben, wenn mir irgend jemand die Überzeugung beigebracht hat, daß die Versorgungslage der breiten Massen in den volksdemokratischen Ländern besser ist als bei uns. (Zustimmung beim KdU.) Damit, glaube ich, kann man die Debatte über die Ausführungen der kommunistischen Redner abschließen. Solange sie nicht zeigen, daß es die volksdemokratischen Länder besser können — obwohl es dort keine Opposition gibt —, solange glauben wir derartigen Be-
teuerungen nicht oder können ihnen nicht glauben.

Wenn aber weiter die Frage untersucht werden soll, wer zu den Schuldigen zählt, dann kann ich nicht umhin, bei dieser Aufzählung auch die österreichische Bundesregierung zu erwähnen; keineswegs in feindseliger Absicht. Aber wenn man sich wirklich ernstlich fragt, ob die Frage der Abwertung des Schillings, oder richtiger der Neufestsetzung des Auslandskurses, richtig behandelt worden ist oder ob diese Behandlung nicht doch so war, daß sie mit dazu beigetragen hat, diese Teuerungswelle, die von allen Seiten verurteilt wird, hervorzurufen, dann kann ich bei bestem Gewissen die österreichische Regierung nicht freisprechen. Vielleicht hat der Herr Abg. Pittermann recht, wenn er sagt, daß es immer wieder vorkommen wird, daß man in der Politik einmal bewußt etwas sagt, von dem man weiß, daß es nicht stimmt. Das hat aber nur dann einen Sinn, wenn man annehmen kann, daß es auch von den maßgebenden Leuten geglaubt wird. Der Beschluß der österreichischen Regierung, den Schilling nicht abzuwerten, und die diesbezügliche Verlautbarung sind aber von den maßgebenden Kreisen nicht geglaubt worden. Und deshalb haben wir die ungünstigen Auswirkungen dieses Beschlusses in Form einer Teuerungswelle miterleben müssen.

Wenn man eine solche Frage, die sich ja eigentlich jeder wirtschaftlich denkende Mensch an den Fingern ausrechnen kann, mit einer Unwahrheit von Seite der Regierung beantwortet, dann glauben einem die Menschen mit Recht nicht und sagen sich, wie das in Österreich in den letzten vier Jahren schon öfter der Fall gewesen ist: da steckt etwas dahinter, diese Frage wird offenkundig falsch beantwortet. Und dann werden sie mißtrauisch.

Dieses Mißtrauen hat zweierlei hervorgerufen: auf der einen Seite eine Zurückhaltung von Waren und eine Spekulation und auf der anderen Seite eine ungesunde verstärkte Nach-

frage. Sie alle wissen, diese beiden Faktoren können nur eine Wirkung haben, und das ist eine preistreibende Wirkung. Es ist bedauerlich, daß es so gekommen ist und daß es solange gedauert hat, bis die Regierung sich entschlossen hat, endlich den neuen Schillingkurs bekanntzugeben. Denn hätte sie das rasch und mit Entschlossenheit gemacht und auch während der Wahlzeit die Verantwortung für diese Maßnahme getragen, dann wäre meiner Ansicht nach diese Preiswelle überhaupt nicht entstanden oder sie hätte nie das Ausmaß angenommen, über das heute hier gesprochen werden muß. (*Beifall beim KdU.*) Es ist dies nur ein Fingerzeig, der uns sagt, daß man in Zukunft solche Fehler nicht machen soll.

Wenn von einer Seite des Hauses die Frage der Neufestsetzung des Schillingkurses aus parteipolitischen Gründen als ein Diktat Amerikas und als eine Sache hingestellt wird, die nicht unbedingt notwendig ist, so können wir diese Ansicht keineswegs teilen; sie ist grundfalsch. So weit sind auch die Herren auf der Linken dieses Hauses im wirtschaftlichen ABC, daß sie wissen, daß es eine zwingende Notwendigkeit ist, den Schilling abzuwerten, wenn die anderen abwerten. Oder wollen Sie, daß unser Absatz stockt, daß unsere Betriebe die Arbeiter entlassen und daß wir in einen Zustand hineingeraten, der Ihren politischen Wünschen genehm ist? Wir stehen jedenfalls eher auf dem Standpunkt, daß alles getan werden muß, um die Ruhe und den Frieden im Lande aufrechtzuerhalten. Das gilt auch für die Abwertung des Auslandskurses. Wir werden immer Verständnis für solche Fragen aufbringen und wir werden daher, wie schon unser Vertreter gesagt hat, für dieses Gesetz stimmen.

Ich möchte aber den dringenden Wunsch aussprechen, daß wir uns recht bald, und zwar alle Menschen, die es mit der Beseitigung dieser bedauernswerten Zustände ernst meinen, den Kopf darüber zerbrechen, wie wir diesen Zuständen mit gemeinsamen Kräften ein für allemal ein Ende bereiten können. (*Beifall beim KdU.*)

Abg. Ing. Raab: Hohes Haus! Das Hohe Haus beschäftigt sich mit der Verlängerung des Rohstofflenkungsgesetzes, eines Gesetzes, das im heurigen Frühjahr mit der Geltungsdauer bis Ende dieses Jahres beschlossen wurde. In diesem Gesetz steht weder eine Bewirtschaftung der Erdäpfel noch der Eier, noch all der anderen Dinge, die heute hier erörtert worden sind, sondern das Gesetz hat seinerzeit die Bewirtschaftung der Waren der gewerblichen Wirtschaft aufgehoben. Dieses Rohstofflenkungsgesetz ist als eine Übergangsmaßnahme geschaffen worden, die

für eine Reihe von industriellen Rohstoffen eine weitere Bewirtschaftung ermöglicht. In diesem Gesetz waren vor allem einmal sechs Kategorien aufgezählt — Eisenschrottsowie verschiedene andere Metalle, Benzol, Textilwaren, Kohle und Häute —, die dem Verordnungsrecht des Handelsministers unterstehen, der je nach der gegebenen wirtschaftlichen Lage eine Verordnung zur Bewirtschaftung dieser Rohstoffe erlassen kann oder nicht, und sie auch wieder aufheben kann, solange eben dieses Gesetz in Geltung steht. (*Abg. Böhm: Wenn die Notwendigkeit dazu besteht!*) Über die Notwendigkeit, Herr Präsident Böhm, sind verschiedene Auffassungen möglich, und da müssen wir uns eben zusammensetzen, um die Notwendigkeit dieser Verordnung klarzulegen. Das ist ja auch anlässlich der Häutebewirtschaftung erfolgt.

Ich darf nun feststellen, daß die Rede, die Sie, Herr Präsident Böhm, heute hier gehalten haben, auf unserer Seite eine sehr große Enttäuschung hervorgerufen hat. Sie mag irgendwie ein Rückfall in vergangene Jahre gewesen sein (*Zwischenrufe*), aber schließlich wissen Sie selbst, daß sich die Kammern ohne Unterschied der politischen Einstellung ihrer Faktoren gemeinsam ehrlich bemühen, diese ganze Lage, die sich nicht aus der freien Wirtschaft heraus, sondern zum großen Teil aus den ausländischen Einflüssen der englischen Abwertung ergeben hat, zu meistern. (*Lebhafter Beifall bei der Österreichischen Volkspartei.*) Ich darf daher sagen, daß alle Ausführungen über die freie Wirtschaft und über alle diese Dinge aus rein politischen Zweckmotiven gemacht worden sind. (*Zwischenrufe.*)

Wenn Sie hier auch die Frage der Kartelle und der Preisregulierung zur Erörterung stellen, so habe ich schon im Ausschuß darauf verwiesen, daß wir gar nichts gegen eine Preisregelung und gegen ein Anti-Preiskartellgesetz haben, sondern daß wir vielmehr bereit sind, Ihnen unsere Auffassungen — die viel weiter gehen, um das Übel in der Wirtschaft zu erfassen und unseren Wirtschaftskörper zu heilen — in einem Leitartikel der „Arbeiter-Zeitung“ persönlich niederzulegen. (*Beifall und Heiterkeit bei der Volkspartei.*)

Ich darf daher bitten, daß wir uns hier mit dem Rohstofflenkungsgesetz beschäftigen und dieses Gesetz beschließen, das eigentlich nichts anderes ist als eine selbstverständliche Verlängerung der Geltungsdauer, die einstimmig von der Regierung mit einer Beschränkung auf die ersten drei Punkte vorgeschlagen war, durch uns aber in der alten Fassung auf weitere sechs Monate verlängert wird. Es ist im übrigen nicht von so großer Bedeutung und

Wichtigkeit, weil die Sozialisten ja selbst seinerzeit an diesem Rohstofflenkungsgesetz mitgearbeitet und dafür gestimmt haben. (*Abg. Dr. Pittermann: Wir haben es sogar herbeigeführt, denn Kolb hatte sich geweigert!*)

Ich kann Ihnen daher, verehrte Herren unserer geehrten Koalitionspartei (*Heiterkeit*), mitteilen, daß wir, ohne Demagogie und ohne irgendeinen Einzelfall unter Verschweigung des Namens herauszugreifen und daraus Schlüsse auf die gesamte Wirtschaft zu ziehen, gewillt sind, mit Sachlichkeit mit Ihnen zusammen — wenn dieser jugendliche Geist nur wieder einmal etwas veriraucht ist — die wirtschaftlichen Probleme zu lösen. (*Heiterkeit und lebhafter Beifall bei der ÖVP. — Abg. Böhm begibt sich zum Platz des Abg. Ing. Raab und schüttelt ihm unter lebhaftem Beifall und großer Heiterkeit der ÖVP die Hand.*)

Präsident Dr. Gorbach: Zum Wort ist niemand mehr gemeldet. Der Herr Bericht-erstat-ter verzichtet auf das Schlußwort.

Bei der Abstimmung wird der Gesetz-entwurf in zweiter und dritter Lesung einstimmig zum Beschluß erhoben.

Der 2. Punkt der Tagesordnung sind Aus-schußwahlen.

Präsident Dr. Gorbach: Der Nationalrat hat in der zweiten Sitzung gemäß § 22 G.O. die Zahl der Mitglieder und Ersatzmitglieder für 15 Ausschüsse festgesetzt.

Nach der Mitgliederzahl der beim Präsidenten angemeldeten parlamentarischen Vereini-gungen entfallen somit in dem aus 28 Mit-gliedern bestehenden Finanz- und Budget-ausschuß auf die ÖVP 14 Mitglieder und 14 Ersatzmitglieder, auf die SPÖ 12 Mit-glieder und 12 Ersatzmitglieder, auf den KdU 2 Mitglieder und 2 Ersatzmitglieder; in den mit 18 Mitgliedern besetzten Aus-schüssen sind die entsprechenden Zahlen 9, 8, 1; in den aus 9 Mitgliedern bestehenden Aus-schüssen 4, 4, 1.

Die parlamentarischen Vereinigungen haben inzwischen dem Präsidium die auf sie ent-fallenden Mitglieder und Ersatzmitglieder namhaft gemacht. Diese gelten damit als gewählt.

Ich ersuche den Schriftführer, Herrn Abg. Grubhofer, die Namen zu verlesen.

Schriftführer Grubhofer (*liest*):

„Als Ausschußmitglieder und Ersatzmit-glieder wurden gemäß § 22, lit. A, G.O. namhaft gemacht:

Für den Finanz- und Budgetausschuß:
als Mitglieder: Aigner, Böck-Greissau, Brunner, Ebenbichler, Eibegger, Ing. Fink Pius, Flossmann, Frisch, Ing. Hartmann,

Holzfeind, Horn, Dr. Krauland, Dr. Kraus Herbert, Maurer, Dr. Migsch, Müllner, Olah, Prinke, Proft, Ing. Raab, Slavik, Stein-egger, Strommer, Stürgkh, Thurner, Truppe, Weikhart, Wendl;

als Ersatzmitglieder: Rom, Cerny, Dr. Roth Rupert, Hartleb, Dr. Pittermann, Dr. Bock, Mentasti, Grubhofer, Fischer Leopold, Dr. Häuslmayer, Mark, Ludwig, Dr. Stüber, Seidl, Hillegeist, Bauer, Dr. Neugebauer, Aich-horn, Gschweidl, Lakowitsch, Voithofer, Dr. Fink Josef, Mayrhofer, Kapsreiter, Dr. Scheff, Uhrlir, Kostroun, Frömel.

Für den Handelsausschuß:

als Mitglieder: Aichhorn, Böck-Greissau, Ebenbichler, Fischer Leopold, Geißlinger, Haunschmidt, Kapsreiter, Kostroun, Krippner, Marchner, Dr. Migsch, Dr. Pittermann, Preuß-ler, Prinke, Proksch, Ing. Raab, Truppe, Weikhart;

als Ersatzmitglieder: Lakowitsch, Dr. Schöpf, Klautzer, Strommer, Dr. Fink Josef, Brunner, Wallner, Gschweidl, Dr. Toncic, Holzfeind, Widmayer, Gföller, Wolf, Dr. Krau-land, Hillegeist, Bauer, Olah, Probst.

Für den Rechnungshofausschuß:

als Mitglieder: Aigner, Bleyer, Eibegger, Eichinger, Geißlinger, Gschweidl, Maurer, Dr. Migsch, Dr. Nemezz, Dr. Pittermann, Rainer, Rammer, Dr. Roth Rupert, Dr. Schöpf, Weikhart, Weindl, Wendl, Dr. Zechner;

als Ersatzmitglieder: Jochmann, Schei-benreif, Olah, Machunze, Hinterndorfer, Dr. Neugebauer, Fischer Leopold, Mark, Lako-witsch, Truppe, Dr. Toncic, Huemer, Vollmann, Kranebitter, Horn, Grubhofer, Dr. h. c. Körner, Preußler.

Für den Immunitätsausschuß:

als Mitglieder: Aichhorn, Frömel, Dr. Ma-leta, Mark, Maurer, Dr. Pittermann, Prinke, Probst, Dr. Stüber;

als Ersatzmitglieder: Ludwig, Singer, Dengler, Dr. Häuslmayer, Eichinger, Strasser, Dr. Scheff, Appel, Dr. Gasselich.“

Präsident Dr. Gorbach: Ich ersuche nun den Herrn Schriftführer, dem Hohen Haus die bereits vollzogenen Konstituierungen der Aus-schüsse bekanntzugeben.

Berichterstat-ter Grubhofer: Von den Aus-schüssen haben sich bereits konstituiert: der Hauptausschuß, der Finanz- und Budget-ausschuß, der Handelsausschuß, der Rech-nungshofausschuß und der Immunitätsaus-schuß.

Das Ergebnis der Konstituierungen ist folgendes (*liest*):

„Hauptausschuß: Obmann: Kunschak, Obmannstellvertreter: Böhm und Dr. Gorbach,

3. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — VI. G. P. — 23. November 1949. 69

Schriftführer: Ing. Strobl und Weikhart.
 Finanz- und Budgetausschuß: Obmann: Ferdinanda Flossmann, Obmannstellvertreter: Ing. Raab und Eibegger, Schriftführer: Maurer und Weikhart.
 Handelsausschuß: Obmann: Kapsreiter, Obmannstellvertreter: Kostroy, Schriftführer: Preußler und Geißlinger.
 Rechnungshofausschuß: Obmann: Rammer, Obmannstellvertreter: Geißlinger, Schriftführer: Eichinger und Gschweidl.
 Immunitätsausschuß: Obmann: Dr. Maleta, Obmannstellvertreter: Mark, Schriftführer: Probst und Aichhorn.“

Präsident **Dr. Gorbach**: Zur Stellung eines formalen Antrages hat sich der Herr Abg. Raab gemeldet.

Abg. Ing. **Raab**: Hohes Haus! Ich beantrage, zur Untersuchung der Tätigkeit des Vertreters der Creditanstalt, der Länderbank und der Handelskammer anlässlich von Einkäufen im Rahmen der ERP-Hilfe in den Vereinigten Staaten einen parlamentarischen Untersuchungsausschuß, bestehend aus den Herren Abg. Böck-Greissau, Dr. Maleta, Ing. Hartmann, Dr. Pittermann, Proksch und Weikhart, einzusetzen.

Abg. **Hartleb**: Hohes Haus! Bei diesem Antrag des Herrn Präsidenten Raab kommt dem Klub der Unabhängigen keine Vertretung in diesem Untersuchungsausschuß zu. Wir sind der Meinung, daß es gerade in solchen Fällen angezeigt ist, auch den Oppositionsparteien die Möglichkeit zu geben, bei solchen Untersuchungen mitzuwirken. Wenn das nicht geschieht, dann ist dies nicht nur im allgemeinen undemokratisch, sondern es muß auch den Anschein erwecken, daß man vor den Oppositionsparteien etwas verstecken will.

Aus diesem Grunde stelle ich den Antrag, diesen Untersuchungsausschuß mit 9 Mitgliedern festzusetzen und dem Klub der Unabhängigen einen Vertreter darin einzuräumen. Die Begründung, die uns gesagt worden ist, daß es sich um die Untersuchung eines Falles handle, der schon vor dem Zusammentreten des Nationalrates vorgekommen ist, ist unserer Ansicht nach nicht stichhältig. Die Untersuchung wird jetzt geführt, und wir haben ein Recht darauf, an einer solchen Untersuchung teilzunehmen.

Abg. Ernst **Fischer**: Hohes Haus! Die Öffentlichkeit hat es für so selbstverständlich gehalten, daß alle Parteien des Parlaments in einen solchen Untersuchungsausschuß kommen, daß wir heute in fast allen Zeitungen die Erklärung lesen können, es werde so sein und auch die Oppositionsparteien werden vertreten sein. Das zeigt, wie die ganze Öffentlichkeit ohne Unterschied der Partei

denkt und daß sie der Meinung ist, daß in einer solchen ungeheuerlichen Affäre im Zusammenhang mit der Marshall-Hilfe vor der Öffentlichkeit nicht Verstecken gespielt werden soll.

Wenn nun im letzten Augenblick der Antrag eingebracht wird, daß in diesem Untersuchungsausschuß die beiden Regierungsparteien unter sich sein sollen, dann kann man sich des Eindrucks nicht erwehren, daß es sich dabei nicht nur um die drei genannten Herren handelt, sondern daß diese mächtigere Hintermänner haben und daß offenbar die Absicht besteht, diese mächtigeren Hintermänner der Öffentlichkeit gegenüber abzusichern.

Ich stelle daher den Antrag, den Ausschuß in der Weise zu erweitern, daß alle Parteien des Hauses darin vertreten sind.

Abg. Ing. **Raab**: Ein Untersuchungsausschuß kann nur klein sein. Ein großer Ausschuß könnte weiß Gott irgendwelchen politischen und demagogischen Zwecken dienen und würde daher nicht der Sache dienen. (Abg. Ernst Fischer: *Ihr wollt Eure Korruptionisten schützen!*) Herr Abg. Fischer, wir verwahren uns dagegen, daß gesagt wird, wir hätten eine Korruption zu decken! Decken Sie Ihre Korruption! (Abg. Koplenig: *Das schmutzige Marshall-Geschäft!*) Ich muß mich daher gegen beide Anträge aussprechen. Der Ausschuß wird dem Hohen Haus einen genauen Bericht über die Tatsachen und das Resultat der Untersuchung geben. Wir wie ja auch die Sozialistische Partei haben gar keinen Grund, irgend etwas von diesen Dingen zu verheimlichen. (Zwischenrufe beim Linksblock.) Wenn Sie einmal größer sein sollten, dann können Sie auch mitreden, vorläufig aber noch nicht! (Abg. Honner: *Sie wollen nicht, daß die Korruption aufhört!* — Weitere Zwischenrufe und Gegenrufe. — Präsident Dr. Gorbach gibt das Glockenzeichen.) Ich bestehe darauf, daß der Ausschuß nur sechs Mitglieder umfaßt. (Andauernde Zwischenrufe und Gegenrufe.)

Präsident **Dr. Gorbach**: Ich bitte, meine Herren, beruhigen Sie sich doch. Ermöglichen Sie mir die Abwicklung dieser Angelegenheit.

Es liegen drei Anträge vor: Der weitestgehende ist der des Herrn Abg. Fischer, die Zahl der Ausschußmitglieder so hoch anzusetzen, daß alle Parteien darin vertreten sind. Der Antrag des Herrn Abg. Hartleb geht dahin, die Zahl der Mitglieder mit neun festzusetzen. Der dritte Antrag ist der des Herrn Abg. Raab.

Der Antrag Fischer wird gegen die Stimmen des Linksblocks und des KdU abgelehnt. (Hei-

70 3. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — VI. G. P. — 23. November 1949.

terkeit und Zwischenrufe bei ÖVP und SPÖ. — Ruf: Die äußerste Linke mit der äußersten Rechten! — Abg. Honner: Ihr seid die Beschützer der Korruption! Ihr könnt keine Opposition brauchen! — Abg. Dr. Pittermann: Die Opposition in den Volksdemokratien sitzt in Buchenwald!)

Der Antrag Hartleb wird gegen die Stimmen des KdU abgelehnt.

Der Antrag Raab wird sodann mit den Stimmen der ÖVP und SPÖ angenommen. (Abg. Honner: Man kann nur sagen: ... schlägt sich, ... verträgt sich! Die gestrige Sitzung war ein Beispiel dafür! — Abg. Koplénig: Vertuschungskommission! — Abg. Altenburger: Bei Euch wird nicht vertuscht, bei Euch wird nur gesäubert! — Weitere Zwischenrufe beim Linksblock. — Gegenrufe bei SPÖ und ÖVP.)

Präsident Dr. Gorbach: Ich bitte, sich doch an die Ordnung der Verhandlung zu

halten. Ich glaube, daß nach der Sitzung für solche Auseinandersetzungen Zeit und Platz ist.

Als Mitglieder des Untersuchungsausschusses sind vorgeschlagen die Abg. Böck-Greissau, Dr. Maleta, Ing. Hartmann, Dr. Pittermann, Proksch und Weikhart.

Der Vorschlag wird von den Regierungsparteien angenommen.

Präsident Dr. Gorbach: Die Tagesordnung ist erschöpft.

Die nächste Sitzung berufe ich für Freitag, den 25. November, 10 Uhr vormittags, ein. Tagesordnung: Wahl eines fünfgliedrigen Beirates zum Bundes-Wohn- und Siedlungsfonds. Eine Ergänzung der Tagesordnung wird vorbehalten. Wird ein Einwand erhoben? (Niemand meldet sich.) Das ist nicht der Fall, es bleibt also bei meinem Vorschlag.

Die Sitzung ist geschlossen.

Schluß der Sitzung: 12 Uhr 45 Minuten.